

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei fortw. Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei direktem Postbezugs monatlich 4.65 M., bei Zahlung unter Strichband für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2803 und 2804.

Interate haben die achtgehalt. Nonpareilgröße oder deren Raum 1,20 MZ., Wortlänge das festgesetzte Wort 25 Pl., jedes weitere Wort 25 Pl., Leerungszuschlag 10 Proz. Bei Familien- u. Veranlagungsangelegen (All) der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Katastrophe.

Von Rud. Breitscheid.

Wenn irgendwo noch Unklarheit darüber geherrschet haben sollte, wie das deutsche Volk im Krieg regiert worden ist, so muß sie durch die gestrige Vernehmung des Herrn von Bethmann vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß völlig zerstört worden sein. Auch der, der sich bislang gegen Erkenntnis und Anerkennung der Wahrheit mit Händen und Füßen sträubte, hat nun erfahren, wie die Männer auslachen, in deren Hände unser Schicksal gelegt war und wie diese Männer ihre Pflichten gegen die Nation aufgeführt und erfüllt haben.

Freilich, der positive Inhalt dessen, was Bethmann aus sagte, war äußerst dürftig, aber die Art, wie er seine Aussagen machte, und vor allem das Bemühen, Wesentliches zu verschweigen, zu vertuschen und zu unterdrücken, hat uns einen Einblick in den Regierungsapparat tun lassen, der uns mit Schauern und Entsetzen erfüllt. Kein Zweifel ist mehr gestattet: wir sind auf Gnade und Ungnade einer Clique ausgeliefert gewesen, die sich aus rücksichtslosen Herrenmenschen, leichtfertigen Spielern und kläglichen Schwächlingen lieblich zusammensetzte.

Der frühere Reichskanzler ist sicher mit der Ueberzeugung in die Sitzung gekommen, daß die Stunde seiner Rechtfertigung angebrochen sei. Der Tag ist für ihn zu einer moralischen Katastrophe geworden. Man konnte auf Wüßes gefaßt sein, aber die schäministen Erwartungen sind übertrumpft worden. Der Mann, der Deutschland als verantwortlicher Minister politisch bis zum Jahre 1917 leitete, hat die militärischen Nachhaken nicht entlastet und er hat sich selbst wider seinen Willen aufs Äußerste belastet.

In dem Plaidoyer, das er am Morgen für seine eigene Person hielt, ist er mit großem Geschick um die Behandlung von Fragen herumgegangen, die zu der auf der Tagesordnung stehenden amerikanischen Friedensvermittlung gehören, und im Kreuzverhöre des Nachmittags konnte er sich entweder nicht erinnern oder er redete Unklarheit verbreitend um die Tatsachen herum. Aber gerade dieser Mangel an Schärfe, dieser Versuch, durch allgemeine Betrachtungen präzisier Antworten aus dem Wege zu gehen, hat das Bild, dessen Umrisse uns vorlagen, vervollständigt. Jetzt kann nicht länger bestritten werden, daß der Staatsmann sich vor dem Offizier gebückt hat, daß er wider die bessere Ueberzeugung eine Politik unterstützt hat, die er selbst für verderblich hielt. Mehr als das: er hat es sich nicht einmal angelegen sein lassen, den Einfluß der Obersten Heeresleitung zu brechen, er hat nicht die Entschlossenheit gefunden, das Instrument der Öffentlichkeit, auf dem die Lubendorffs nach Willkür spielten, denen, die er für Schädlinge halten mußte, zu entreißen.

Das stärkste Argument, das er für sich ins Treffen führte, war der Hinweis, daß die Mehrheit des Volkes und die Mehrheit des Parlamentes ja doch auf der Seite des Militärs gestanden hätte. Das ist richtig, hundertmal richtig. Und es war an der Zeit, daß dem Reichstag einmal von dieser Stelle gesagt wurde, eine wie gewaltige Mitschuld er an dem Zusammenbruch trägt. In dem Untersuchungsausschuß sitzen Parlamentarier, die dem Kriegsausschuß angehört haben, die Mitglieder der Parteien waren und sind, welche sich mit großer und geringerer Begeisterung stets der Meinung der Obersten Heeresleitung unterworfen haben. Sie mußten im Grunde einsehen, daß sie zum Richter und zum Urteiler wenig Beruf haben.

Aber eines darf doch nicht vergessen werden. Wenn die breite Öffentlichkeit an Hindenburg und Lubendorff glaubte, wenn sie gegen Wilson bereitwillig war und sich für den U-Bootkrieg begeisterte, so lag das zum guten Teile daran, daß sie von den amtlichen Stellen im Sinne der Militärs beeinflusst wurde. Pressekonferenzen und Pensur arbeiteten für die Auffassung der Generaldeute im Großen Hauptquartier. Schlimmer: sie arbeiteten bewußt und konsequent gegen Bethmann. Dieser hat indessen nichts oder so gut wie nichts, um dem Uebel zu steuern. Er ließ die Dinge ihren Gang gehen. Er konnte sich, wie er jetzt sagt, um solche Einzelheiten nicht kümmern und im übrigen: er erinnert sich nicht, er weiß von nichts.

Selbstverständlich bleibt die Schuld der Presse trotzdem groß. Und das Volk selbst trägt ein gerüttelt Maß von Verantwortung für sein Schicksal, aber ist es schließlich zu verwundern, wenn eine unpolitische Nation, wie die deutsche, denen vertraut, die ihr immer und immer wieder als eine Art von Halbgehirnen vorgestellt werden, und wenn sie neben der Enschlossenheit der Militärs auf der einen Seite keine politische Tatkraft auf der anderen Seite

Deutschösterreichischer Parteitag.

Die Eröffnungssitzung.

Wien, 31. Oktober.

Auf der Tagesordnung des heute eröffneten Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschösterreichs stehen außer den Berichten über die Tätigkeit des Parteivorstandes und des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten, die Präsident Seid erstatten wird, u. a. nach folgende Punkte: Verfassungsfrage, Referent Staatskanzler Renner, und soziales Wirtschaftsprogramm, Referent Dr. Otto Bauer. Insgesamt 400 Delegierte sind angemeldet. Von ausländischen Parteien sind vertreten: Die deutsche Sozialdemokratie in der tschecho-slowakischen Republik, die tschecho-slowakische Sozialdemokratie, die reichsdeutsche Mehrheitspartei durch Weis und die Unabhängige Partei Deutschlands durch Crispian und Hilferding.

Im Auftrage des Parteivorstandes eröffnete Präsident Seid den Parteitag mit einem Nachruf für Dr. Viktor Adler. Nach Begrüßung der ausländischen Gäste teilte Präsident Seid mit, daß an Haase ein Sympathie-telegramm gesandt wurde. Präsident Seid erklärte, der Parteitag werde die Richtlinien für das künftige Werk der Partei bestimmen und müsse als erstes und oberstes Ziel betrachten, die Einigkeit des Proletariats zu wahren und für sie nicht nur im Inlande, sondern auch in der Internationalen zu wirken. Zu Versprechenden wurden gewählt: Präsident Seid, Culler-Ling, Bürgermeister Muchitsch-Graz und Abg. Tomshic-Wien. Der Eröffnungssitzung wohnte Staatskanzler Renner bei.

Der Bergarbeiterstreik in Amerika.

Mahnahmen der Regierung.

Washington, 30. Oktober. (Reuter.)

Lausling hat heute morgen eine besondere Sitzung des Kabinetts einberufen, um die endgültigen Pläne für das Verhalten gegenüber dem Kohlenstreik festzustellen. Es wurde mitgeteilt, daß die Regierung den Kohlenverbrauch der Industrien einschränken und gleichmäßig auf die wichtigen Industrien verteilen wird. Die Eisenbahnverwaltung wurde beauftragt, Reservestände für den Betrieb der Eisenbahnen

Man macht Bethmann darauf aufmerksam, daß ihm die Unmöglichkeit des Zustandes bei verschiedenen Gelegenheiten vorgestellt wurde. Er entsinnt sich nicht. Er hat die Akten nicht zur Hand. Sein Name ist Bethmann, er weiß von gar nichts. Das Vertragsverhandeln ist ihm überhaupt sehr un sympathisch. Seine Antworten klingen, als wenn er die Fragen als Belästigung und Kränkung aufzufasse. Er hat in seiner Rede ja alles gesagt, was will man noch von ihm? Er hat nicht die Absicht, durch seine Aussagen weitere Aufklärung zu schaffen und in wesentlichen Punkten müssen wir uns einwilligen dabei beruhigen, daß keine Antwort auch eine Antwort ist.

Nur ein paar Tatsachen werden durch seinen Bescheid in helleres Licht gerückt. Zwei davon seien hervorgehoben. Die eine ist die Hinterhältigkeit und Zweispieltätigkeit der deutschen Politik vor dem Wilsonschen Friedensschritt. Der ehemalige Reichskanzler will es nicht wahr haben, daß das deutsche Friedensangebot die von ihm selbst erbetene Friedensaktion Wilsons ersäwert und gefährdet habe. Deutschland habe sich eben beeilen müssen und nicht auf den zaudernden Wilson warten können. Da wird ihm vorgehalten, daß in dem gleichen Moment, in dem er sich ohne Rücksicht auf den amerikanischen Präsidenten für das selbständige Vorgehen Deutschlands entschieden habe, der Staatssekretär des Auswärtigen dem Botschafter in Washington mitgeteilt habe, Berlin werde eine Aktion Amerikas der Herausgabe eines eigenen Friedensangebotes vorgehen. Ein sehr peinlicher Moment. Aber Herr von Bethmann erklärt, seine Absicht sei eben gewesen, zwei Eisen im Feuer zu haben. Es wird Leute geben, die diese Politik der zwei Eisen als eine Politik der doppelten Moral ansprechen und die eine Regierung, deren linke Hand das Gegenteil von der rechten tut, der Treulosigkeit und der Perfidie zeihen.

Die Dinge liegen überdies aber so: Die deutsche Friedensaktion ist nicht nur friivol gewesen, sie war eine Heuchelei. Beweis dafür ist das Dokument, das Doktor Cohn ans Licht gezogen hat.

anzulegen und Reffen, die sich im Transit befinden, zu beschlagen nahmen.

Nach fast vierstündiger Debatte: Hat der Senat heute eine Entschlieung angenommen, in der der Regierung für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der gegenwärtigen industriellen Notlage die Unterstützung des Kongresses zugesagt wird.

Neue Liebesgabe an die Landwirte.

Die Kartoffeln werden teurer.

Um eine stärkere Kartoffellieferung nach den Bedarfsverhältnissen zu erreichen, sind zur Beseitigung der augenblicklichen Transportschwierigkeiten vom Eisenbahnministerium einschneidende Maßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrswezens geplant. Damit gleichzeitig trotz bereits teilweise erfolgter Einmischung der Kartoffeln verstärkte Kartoffellieferung erfolgt, wird mit Wirkung vom 3. 11. an geordnet, daß für jeden bis zum 15. 12. auf die Auflage abgelieferten Zentner Speisekartoffeln neben dem bisher auf Grund der Verordnung vom 15. Juni festgesetzten Höchstpreisen und Zuschlägen eine besondere Schnelligkeitsprämie von 2 Mark gezahlt werden darf. Weitere Erwägungen über Gewährung von Lieferungszuschlägen bei Erfüllung eines größeren Teiles des Ablieferungsplans sowie über Zurberzügungstellung von Düngemitteln an die Landwirte zwecks vermehrter Kartoffelablieferung schweben. Eine Erstattung der Zuschläge aus Reichsmitteln kommt nicht in Frage.

So haben denn die Landwirte erreicht, was ihre Zurückhaltung der Kartoffellieferungen beabsichtigte. In den hohen Preisen erhalten sie Zuschläge, weitere Zuschläge sind außerdem noch geplant. Damit enthält sich neuerdings die Haltung der Regierung als das, was sie immer war: der Schutz für die Besessenen, deren Ansprüche willenlos erfüllt werden, während gegen das Verlangen der Arbeiterschaft nach sozialem Ausgleich die Nachmittel des Staates mobil gemacht werden.

Bersiechtung im Befinden Haases.

Das Befinden des Genossen Haase hat sich leider im Laufe des gestrigen Tages verschlimmert, es wird von Professor Noiter als sehr ernst angesehen. Die Temperatur war gestern abend auf 40,2 gestiegen. Der Patient befand sich den ganzen Tag über sehr matt.

Am 1. Oktober teilt Bethmann Gollweg dem Vertreter des Auswärtigen Amtes im Hauptquartier, dem Freiherrn von Grünau mit, es bestünde bei der Marine die Absicht, den rücksichtslosen U-Bootkrieg bereits am 18. Oktober zu beginnen. Er verwahrt sich gegen den Plan, weist darauf hin, daß man sich zuvor mit Amerika auseinandersetzen müsse und teilt mit, daß Graf Bernstorff auf persönlichen Befehl des Kaisers angewiesen sei, den Präsidenten Wilson zum Erlaß eines Friedensopells zu bestimmen. Dann aber fährt er fort: „Sofern Wilson dazu gebracht wird, soll die wahrscheinliche Ablehnung des Appells durch England und seine Verbündeten, während wir ihn annehmen, uns die Grundlage verschaffen, um die Zurückziehung unserer Amerika erteilten Zusage moralisch vor der Welt, insonderheit auch vor den europäischen Neutralen, zu rechtfertigen.“

Die Zusage an Amerika war der einflussreiche Verzicht auf den unbefchränkten U-Bootkrieg. Alles Berede von der deutschen Friedensbereitschaft, der Appell an Wilson, das eigene Friedensangebot hatten also nur den Zweck, die Bahn für den Tauchbootkrieg freizumachen. Diese Vermutung haben wir schon gestern an dieser Stelle ausgesprochen. Wir haben nicht angenommen, daß sie in diesem Umfange und in dieser Brutalität bestätigt werden würde.

In seinem Telegramm bezieht sich der Kanzler nicht etwa auf die Absichten der Heeresleitung. „Uns“ soll die moralische Grundlage geschaffen werden, d. h. also auch ihm selbst. Hier ist er nicht mehr das willenlose Werkzeug Lubendorffs, hier ist er sein offen ausgesprochener Mitschuldiger.

Neben diesen zwei Eisen im Feuer und diesem Versuch, eine moralische Grundlage für ein Vorgehen zu schaffen, das er nebenbei selbst für unheilvoll hielt, verblüßt das Uebrige. Der Mann ist gerichtet und mit ihm gerichtet, sind die Parteien, Liberale und Rechtssozialisten, die ihm die Stange gehalten haben. Seine Katastrophe ist ihre Katastrophe.

Verhöhnung der Verfassung.

Wer eigentlich in Thüringen zu gebieten hat, ist völlig unklar. Ist es der Reichspräsident, der den geschwundenen „Ausnahmestand“, oder der Truppenbefehlshaber, der den verfassungswidrigen „Belagerungszustand“ über mehrere thüringische Kreise verhängt hat? Sicher ist nur, daß beide Maßnahmen gleichermaßen eine direkte Verhöhnung der durch die Verfassung gewährleisteten Rechtsgarantien darstellen und beide vollkommen willkürlich und ohne Grund erfolgt sind. Selbst die meisten bürgerlichen Zeitungen Thüringens erklären, daß die militärische Besetzung vollkommen unnötig war und daß gerade durch sie erst Unruhe und Erregung in die Massen hineingetragen wurde. So schreibt die bürgerliche „Süßler Zeitung“:

„3000 Mann Reichsheerstruppen flecken seitern nachmittags ihren Einzug in Suhl. Wohl allen ist sie eine Lieberholung gewesen, denn keine amtliche Zivilkette war vorher davon unterrichtet. Was will das Militär hier? Ruhe und Ordnung ist doch zur Zeit vorhanden.“

Auch die meisten anderen bürgerlichen Zeitungen machen aus ihrem starken Unwillen über das mit dem Belagerungszustand eingeführte Willkür- und Gewaltregiment keinen Hehl. Die von einer ungeheuerlichen Annäherung zugehenden Maßnahmen der Militärbehörden schreien in der Tat Unruhen geradezu provozieren zu wollen. So wurde eine Zeitung die Auszahlung der Streikunterstützung des Metallarbeiterverbandes verboten, weiter wurden in dem völlig ruhigen Suhl, in dem sich auch nicht das geringste ereignet hatte, Marktplatz und Straßen mit schwerem Draht versehen, jeglicher Fuhrwerksverkehr in der ganzen Stadt verboten, unsere Parteibuchhandlung durchsucht, Tausende von harmlosen Schriften beschlagnahmt und ähnliche von dem Wachtmeister des Herrn Oberbefehlshabers von Suhl zugehende Anordnungen getroffen, die sämtlich vollkommen geschloß sind und der Verfassung direkt widersprechen.

Von einem Reichspräsidenten allerdings, der selber von der Verhängung des „Ausnahmestandes“ der Nationalversammlung unter direktem Bruch der Verfassung keinerlei Nachricht hat zukommen lassen, kann nicht erwartet werden, daß er auch nur das mindeste gegen die Rechtsbrüche seiner militärischen Gebieter unternimmt.

Die Ballenjd'eber.

Die Regierung hat sich zu unserer Veröffentlichung über das Treiben der deutsch-russischen Werbeagenten noch immer nicht geäußert. Es ist also nicht anzunehmen, daß irgend eine Verhaftung erfolgt ist. Auch die gesamte Presse hat unsere Veröffentlichung totgeschwiegen. Sie hat nicht einmal die äusserst wertvollen Auslassungen der Romanantur, die unsere Angaben in den wesentlichsten Punkten verstärken und ergänzen, der Öffentlichkeit unterbreitet. Die Werbungen nehmen indessen ihren ungehörigen Fortgang. In Berlin ist dieser Tage wieder eine Anzahl Agenten eingetroffen, die den Auftrag hatten, Material zu beschaffen für die Eisenerne Division aufzukaufen. Die Agenten können für diesen Zweck Beträge bis zu 20 000 Mark ausgeben. Auch in der Provinz wird lustig weitergeworben. Im „Hiesiger Tageblatt“ vom 28. Oktober erschien folgendes Inserat:

**Zum Saufe deutscher Kultur
Soldaten aelucht
bei freier Station und Verpflegung
11 Mark pro Tag.
Auskunft im Hotel Wettiner Hof.**

Die Auskunft im Wettiner Hof erteilte ein Leutnant der Eisernen Division. Er hat bereits mehrere hundert Mann angeworben und auf dem Bahnhof zwei Waggon für sie bereitstellen lassen. Der erste Transport ging am 29. Oktober, nachmittags 4 Uhr, nach Berlin. Die Reisebehörde hat den Leutnant festnehmen lassen, ihn aber sofort wieder auf freien Fuß gesetzt, weil er sich „ausweisen“ konnte. Der Leutnant hat daraufhin seine Tätigkeit frisch-frohlich wieder aufgenommen. Auch in Erfurt werden Soldaten angeworben. Die Werbungen besorgt dort ein Leutnant Meyer, der die Fahrtausweise mit dem Stempel „Kommando der deutschen Region“ versehen. Die Ausweise berechtigen die Angeworbenen zur Erlangung von Militärfahrkarten. Das heißt also, daß die deutsche Eisenbahnverwaltung die für einen fremden Staat bestimmten Truppen zu halben Preisen die Eisenbahnen benutzen läßt. Und auch das ist keine Unterbilligung der russischen Gegenrevolution.

Die Sozialisierungs-Komödie.

Die Nationalversammlung hat im März d. J. ein „Sozialisierungsgesetz“ beschloffen, auf Grund dessen reichsweit die Sozialisierung wichtiger Industrien und Gewerbebetriebe durchgeführt werden soll. Damals nahm man das Gesetz an, weil man glaubte, so den revolutionären Traum der Massen einwirklich zu machen. Wie recht die unabhängige Sozialdemokratie mit ihrer Stellung gegen das Sozialisierungsgesetz hatte, dessen Komödie sie nicht mitmachen wollte, zeigt sich jetzt an der Art, in der durchaus ernst zu nehmende Sozialisierungsvorschläge, von denen viele in Form von Petitionen an die Nationalversammlung gelangten, vom parlamentarischen Ausschuss behandelt werden.

Der Sächsisch-Thüringische Biegeverleibsverein (Sich. Gew.) protestierte in einer Eingabe an die Nationalversammlung gegen die vom unter unabhängiger Führung stehenden Volkst. Reichsprojektorie Sozialisierung aller im Gebiete des Reichstaats liegenden Bodenschätze, besonders Steinbrüche und Kohlengruben sowie der darauf beruhenden Industrien. Der Ausschuss beschloß: Die Eingabe, soweit sie sich gegen die Sozialisierung wendet, der Reichsregierung zur Berücksichtigung, im übrigen als Material zu überweisen.

Der Apotheker Dr. Meinede schlägt in längeren Ausführungen die gewirtschaftliche Form der Staatsapothekes O. m. b. H. unter gleichzeitiger Schaffung eines Staatsmonopols für den Verkehr mit Rohstoffen vor.

Die Arbeitergemeinschaft sozialistischer Apotheker dagegen fordert die volle Sozialisierung des Apothekewesens durch das Reich und erklärt, daß der Verband der Apothekergerichten, der die An-

regungen der Besitzer auf Schaffung von Kommunalapotheken und Verpachtung an selbstbewirtschaftende Apotheker unterstützt, nicht die Mehrheit der Gehilfen hinter sich habe. Diese ist vielmehr für die volle Sozialisierung.

Der Ausschuss beschloß, beide Petitionen der Reichsregierung zur Erwägung zu überweisen, enthielt sich also jeder Stellungnahme. Das im Grunde deutlich seine Abneigung gegen die Sozialisierung beweist.

Auch für die Sozialisierung der gesamten Glasindustrie, insbesondere aber der Flachglasherstellung spricht sich eine Eingabe aus. Der Ausschuss beschloß: Uebertragung zur Tagesordnung!

Ebenso will er von einer Vorarbeit zur Sozialisierung nichts wissen. Es soll alles beim alten bleiben. In einer Eingabe wird verlangt, daß eine Kommission von Gelehrten und Fachleuten eingesetzt werde, die eine Methode zur höchsten Steigerung der Produktion ausfindig machen sollte.

Der Ausschuss beschloß nicht etwa, sich diese wichtige Anregung zu eigen zu machen, sondern beschloß Ueberweisung als Material an die Regierung.

Die Beschlüsse des Ausschusses müssen freilich erst die Billigung des Plenums finden, ehe sie ausgeführt werden können. Aber an dieser Zustimmung des Plenums ist nicht zu zweifeln. Die Frage der Sozialisierung wird und soll eben verschleppt werden, weil man trotz „Sozialisierung“-gereden verschiedenster Art an den Grundlagen der gehetzten kapitalistischen Ordnung nicht rütteln will.

Lenin und der Kapitalismus.

Die Londoner Zeitung „Daily News“ vom 20. Oktober veröffentlicht folgende Erklärung, die einer ihrer Korrespondenten von Lenin mit der ausdrücklichen Erlaubnis zur Veröffentlichung erhalten haben will:

Ich werde oft gefragt, ob die Gegner des Krieges gegen Rußland — also Arbeitende, aber in erster Linie bürgerliche — recht haben, die von uns, wenn der Friede geschlossen ist, nicht nur die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen erwarten, sondern auch die Möglichkeit, Konzessionen in Rußland zu erhalten. Ich wiederhole noch einmal, daß sie recht haben. Ein dauerhafter Friede würde eine solche Erleichterung für die sich auflösenden Massen von Rußland sein, daß diese Massen zweifellos gewissen zu gewährenden Konzessionen zustimmen würden.

Die Gewährung von Konzessionen unter vernünftigen Bedingungen ist auch für uns wünschenswert als eines der Mittel, die technische Hilfe von Ländern, die in dieser Hinsicht fortgeschrittener sind, nach Rußland zu ziehen, während einer Periode des Nebeneinanderbestehens von sozialistischen und kapitalistischen Staaten.

23. September. (orig.) Lenin.

Nach der Form der Mitteilung ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß Lenin diese Erklärung wirklich abgegeben hat. Zumal da ihr Inhalt durchaus in Uebereinstimmung ist mit Äußerungen, die die anderen Führer der russischen Volkswirtschaft bereits mehrfach getan haben. Die Erklärung Lenins zeigt erneut, daß die russischen Volkswirtschaftler bereit sind, zum Wiederaufbau der russischen Industrie mit den europäischen Kapitalisten ein vorläufiges Kompromiß zu schließen.

Aus der Partei.

Delegierte zum Parteitag!

Das Komitee für die Unterbringung der Parteitagdelegierten hat ausreichend Privatwohnungen für die Delegierten bereitgestellt.

Wir bitten, uns die Adressen der Delegierten rechtzeitig mitzuteilen, damit sie die Wohnungen vorher brieflich angewiesen erhalten. Sollte dies unmöglich sein, so bitten wir, die Ausweise am Sonnabend (am Sonntag ruht ja der Eisenbahnverkehr) auf dem Hauptbahnhof, Wartesaal erster Klasse vom Komitee in Empfang zu nehmen.

Die Bezirksleitung der U. S. V. Leipzig,
Lanchauer Straße 19/21, I.

Urabstimmung in Leipzig über die Taktik der Partei.

In der Generalversammlung der U. S. V.-Organisation für Groß-Leipzig wurde mitgeteilt, daß der Verein jetzt 48 774 Mitglieder zählt.

Zum Parteitag wurden folgende Anträge angenommen:

- Das Aktionsprogramm ist zu ändern wie folgt:
I. Die U. S. V. D. stellt sich auf den Boden des Rätesystems. Sie kämpft um die wirtschaftliche und politische Macht der Räte.
II. Die U. S. V. D. errichtet die Diktatur des Proletariats als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus.
III. Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die U. S. V. D. aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel.
Zu I. Es ist zu streichen „unterstützt die Räte in ihrem Ringen“.
Zu II. Es ist zu streichen „des Vertreters der großen Volksmehrheit“.
Zu III. Es ist zu streichen „einschließlich der Parlamente“.

Die Versammlung beschloß ferner, am 3. November eine Urabstimmung unter den Parteigenossen vorzunehmen, die über die beiden von der Bezirksleitung und von dem Genossen Wötcher vorgelegten Resolutionen über die Taktik der Partei, die wir bereits veröffentlicht haben, entscheiden soll. Die Parteileitung hat dazu folgenden Fragebogen ausgearbeitet:

- Stimmzettel zur politischen Situation.
Ja oder Nein.
- Sind Sie wie bisher für die Beteiligung an den Wahlen zu den Parlamenten in Gemeinde, Bundesstaat und Reich?
 - Wollen Sie, daß die Vertreter des Proletariats in den Gemeinden, in der Volkstammer und Nationalversammlung weiter für die Arbeiterklasse durch Verbesserungen von Gesetzesverlagen wirken?
 - Wollen Sie die Diktatur der Arbeiterklasse in diesem Sinne ändern?
 - Wollen Sie, daß die von der Zentralkommission der U. S. V. mit den revolutionären Gruppen der kapitalistisch entwickelten Länder angeknüpften Beziehungen weiter verfolgt werden und eine Internationale des Klassenbewußten Proletariats aller Länder errichtet wird?
 - Wollen Sie den Anschluß an die Moskauer kommunistische Internationale?
- Dieser Stimmzettel wurde von der Versammlung abgelehnt. Es sollen nur die beiden Resolutionen zur Abstimmung vorgelegt werden. Außerdem wurde beschlossen, daß vor der Abstimmung kein Zinsblatt an die Mitglieder ausgegeben werden soll.

Der Streit der Metallarbeiter.

Berwirrungsversuche der Unternehmer. — Die Stellungnahme der Parteien.

Die Verhandlungen vor dem im Reichsarbeitsministerium tagenden Schlichtungsausschuss führten feinerzeit zu der Verabredung, daß während der Verhandlungen eine Verküpfung des Kampfes nicht eintreten dürfe. Dieses von beiden Seiten gegebene Versprechen ist von den Unternehmern durchbrochen worden. In Tausenden von Exemplaren werden den streikenden, ausgeperrten und entlassenen Arbeitern der Betriebe Karten mit folgendem Inhalt zugesandt:

Wir teilen Ihnen mit, daß Sie am 31. 10. 19, vormittags 7 1/2 die Arbeit wieder aufnehmen können. Zum Ausdruck wollen Sie diese Karte beim Vertreter des Werkes dem Vorsteher vorzeigen. Ohne diese Karte ist die weitere der Zutritt zum Werk nicht gestattet.

Siemens-Druckwerke
O. m. b. H.

Kollegen und Kolleginnen! Der Versuch der Unternehmer, unsere geschlossene Front zu durchbrechen, muß zurückgeschlagen werden. Kein organisiert Metallarbeiter darf diesem Ruhe Folge leisten! Wir fordern alle streikenden und ausgeperrten Kollegen auf, die an sie ergangenen Schreiben und Karten, in denen sie zur Arbeitsaufnahme aufgefordert werden, an die Streikleitungen der Betriebe abzugeben. Die Streikleitungen werden aufgefordert, sie an die Zünzschlichterkommission abzuliefern.

Die Arbeiten des Schlichtungsausschusses zur Einbringung in die Lohnkassen nähern sich ihrem Ende. Es ist zu erwarten, daß die Schiedssprüche Anfang der nächsten Woche verkündet werden.

Auf Antrag der Zünzschlichterkommission hat eine Sitzung mit den Vertretern folgender Parteien stattgefunden: der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunisten und der Demokratischen Partei. Ferner waren der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission und der Volksrat Groß-Berlin vertreten. Einmütig kam in der Konferenz zum Ausdruck, daß alle Parteien bereit sind, für die Wahrung der Grundrechte der Arbeiter einzutreten. Um das zu ermöglichen, soll an die gesamte Arbeiterchaft Deutschlands ein Aufruf veröffentlicht werden. Es ist zu diesem Zwecke eine Redaktionskommission eingesetzt worden, die ihre Tätigkeit sofort ausgenommen hat. Eine zweite Kommission wurde gebildet mit dem Auftrage, sich an das Reichsarbeitsministerium zu wenden. Die Fortsetzung dieser Tagung findet heute abend statt. Den Ableuten der Streikleitungen und der am Sonntag stattfindenden Generalversammlung wird weiterer Bericht erstattet werden.

Die Zünzschlichterkommission. Das Metallkartell.

Die Rechtssozialisten und der Streik.

Die Arbeiterräte und Funktionäre der Metallindustrie, die der rechtssozialistischen Partei angehören, nahmen am Freitag Stellung zum Metallarbeiterstreik. Gegenüber den v. Kaden Versuchen der bürgerlichen Presse, dem Streik und der Streikleitung unlautere politische Motive unterzuschleifen, Abzuschneiden, die der „Gewerkschaft“ dauernd unterstützt und mitgemacht hat, ist die Stellungnahme dieser Versammlung von besonderer Bedeutung. Alle Redner wendeten sich scharf gegen das Bestreben der Unternehmer, die Arbeiterauschüsse mitzuberstürzen und das Mitbestimmungsrecht bei Wiedereinstellung der Arbeiter auszuschließen. Einer der Redner erklärte, der Bezirksleiter Kusch habe in der Streikangelegenheit sachlich vollkommen korrekt gehandelt. Die Rechtssozialisten glaubten nicht an die Unangenehmigkeit der Unternehmer und würden deren Versuch, die Rechte der Arbeiter zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit bekämpfen. Selbst der Rechtssozialist Kusch, auf dessen Konto manche der bisher in der Öffentlichkeit erhobenen und unterschlagenen Anwürfe zu setzen sind, wandte sich gegen die Unternehmer.

In der weiteren Debatte wurde übereinstimmend von sämtlichen Rednern betont, daß die Arbeiterchaft volle Solidarität in der Abweisung des Angriffs der Unternehmer gegen das Koalitions- und Mitbestimmungsrecht wahren werde und daß es der Unternehmerschaft nie gelingen könne, die Rechtssozialisten von den Unstehenden Gruppen durch künstliche Manöver zu trennen. Die Versammlung lehnte es ab, eine Entschlieung zu fassen, und beauftragte das Bureau, eine Erklärung zu veröffentlichen, aus der die Klar aus der Versammlung hervorgegangene Stellungnahme zum Ausdruck kommt.

Am Sonnabend, den 1. November 1919, werden vor dem Schlichtungsausschuss folgende Gruppen verhandelt: 10 Uhr Holzarbeiter, 10 Uhr Zimmerer und Rauerer, 11 Uhr Arbeiter und Radierer, 11 Uhr Sattler und Tapezierer, 12 Uhr Buchbinder, Buchbinder, Lithographen, Buch- und Bindereiarbeiter, 12 Uhr Photographen, 12 Uhr Emaillier- und Zerkleinerer, 11 Uhr Glasarbeiter. Wir ersuchen die Verhandlungskommissionen, pünktlich anwesend zu sein.

Ankündigungen.

- Obstute der streikenden Betriebe! Heute vormittags 9 Uhr findet die Sitzung der Obsteute der Streikenden im großen Saal der Sophienstraße statt.
- H. G. O. Lüneburg, Sonnabend, nachmittags, 2 Uhr, Betriebsversammlung, Klostergarten, Wölgelsee.
- Lampensabrik J. Hirschhorn, Sonnabend, mittags, 2 Uhr, Betriebsversammlung, Wandulstraße 68. Die Anwesenden sind eingeladen. Die Stempelkarte 48 befindet sich Rungestraße 7, Reichsbogelweil.
- G. Winhoff, Betriebsversammlung am Sonnabend, nachm., 2 Uhr, bei Obit. Margin Luthersstraße.
- Pizma Punkte, Ritterstraße Merzen zwischen 10 und 12 Uhr, die Streikforten im Streiklokal abgeben.
- Knochenbrühe, Gruppenversammlungen finden heute nicht statt.
- E. Zwickisch u. C. Heute Sonnabend bis 2 Uhr Quittungen unterzeichnen bei Kyrrenwald, Uckerathenburger Meer; ebenfalls reflektierende Beiträge zur Krankenkasse bezahlen, sowie Nachmeldungen.
- Deutsche Telefonwerke, Sonnabend nachm., 2 1/2 Uhr Funktionsprüfung bei Heilmann, 63 Nr. 1 Str. 53 Ecke Sorauer Straße. Daselbst findet von jetzt ab die Ankündigung der Streikunterstützung statt. Am Dienstag für die Nummer 1—100 um 9 Uhr, 101—200 um 10 Uhr, 201—300 um 11 Uhr, 301—400 um 12 Uhr, 401—500 um 1 Uhr, 501—600 um 2 Uhr. Am Mittwoch 601—700 um 9 Uhr, 701—800 um 10 Uhr, 801—900

um 11 Uhr, 1001—1000 um 12 Uhr, 1001—1100 um 1 Uhr, 1101—1200 um 2 Uhr. Auszahlung für Nachzügler Sonnabend von 10—12 Uhr. Aufschreiben der Quittungen Sonnabend von 10—12 Uhr. Die Streikleitung.

Fertigung, Tempelhof. Betriebsversammlung am Sonnabend, den 1. November, im bekannten Lokal, nachmittags 2 Uhr.

A. G. W., Glühlampenfabrik. Sonnabend, den 1. November, von 12 bis 4 Uhr. Auszahlung der Streikunterstützung in den bekannten Lokalen.

Loebewitz Charlottenburg. Sonnabend, nachmittags 2 Uhr. Volksversammlung. Betriebsversammlung und Quittung aufschreiben. Die Funktionäre treffen sich dort eine Stunde früher.

Schwer Kriegsbekämpfte der Gewerkschaft Spanbau. Kriegsbekämpfte, denen der Lohn gekürzt ist, wollen sich am Mittwoch, den 5. November, von 2—5 Uhr bei Walter, Breite, Ecke Berliner Straße, Spanbau, zwecks Unterschrift melden.

A. G. W. Die Auszahlung findet am Sonnabend nur bis 12 Uhr statt.

Dynamis-Werk Siemens-Zentrum. Sonnabend, 8 Uhr früh Betriebsversammlung im Zapfen Jungeneide. Sehr wichtige Tagesordnung. Anschließend Auszahlung der Streikunterstützung im Streiklokal.

Mie u. Genest. Montag mittags 1 Uhr Betriebsversammlung. Auszahlung im Schwagen Adler, Schönberg, Hauptstr. Vertrauensleute 12 Uhr dort.

Gewerkschaftliches.

Die Straßenbahner zu den Vorgängen am 18. Oktober.

Über die Vollversammlung der Verkehrsbetriebe, die sich eingehend mit den Vorgängen bei der Straßenbahn anlässlich des Sympathiestreiks der Maschinenisten und Heizer und deren Folgen beschäftigte, geht uns noch nachstehend eingehender Bericht zu, der zur Orientierung dieser Vorgänge von erheblichem Interesse ist. Eingangs allen tendenziösen Preisberichten spielen sich die Dinge, wie der Referent Schaumburger Karologie, folgendermaßen ab:

Am 15. Oktober beschloss die Bahnhofs- und Funktionärerversammlung, daß mit „Kochstrom“ nicht gefahren werden soll. Am Freitag, den 17. Oktober, abends, wurde festgestellt, daß die Technische Kommission eingegriffen habe. Auf Grund des Beschlusses vom 15. Oktober sollte dann am Sonnabend nicht gefahren werden. Die Ausführung dieses Beschlusses kam jedoch aus verschiedenen Gründen nicht zur Durchführung. Unter diesen waren am Sonnabend morgen 1300 Arbeiter der Hauptwerkstätte ausgesperrt worden, weil sie die Verlegung des streikierenden Heizers verlangten. Der Betriebsvorsitzer Ingenieur Stader machte den Vorschlag: „Über werden 1300 Arbeiter als ein lieber guter Arbeiter entlassen.“ Auch den Arbeiterausschüssen und den 50 Programmkriegsbekämpften wurde der Zutritt verweigert. Nun beschloss die Arbeiterausschüsse der Groß-Berliner und Städtischen Straßenbahn unter Führung des Transport- und des Metallarbeiterverbandes, die Wagen von der Strecke zu ziehen. Die Direktion wandte nun alle Mittel an, um dies zu verhindern, man verhaftete die Funktionäre, besetzte die Bahnhöfe durch Truppen usw. Besonders zeichneten sich dabei die Hauptmeister Fröhlich und Kautz sowie der Assistent Kolms vom Bahnhof 22 aus. Jetzt ließ sich die Verwaltung zu Verhandlungen herbei, die mit der völligen Bekriegung der Arbeiterchaft endeten. So wurde der streikführende Heizer entlassen und auch der Ingenieur Stader mußte sich im Beisein der Ausschüsse für sein Verhalten entschuldigen.

Nachdem so um 6 Uhr abends alles wieder in schönster Ordnung war und der Betrieb wieder voll aufgenommen wurde, nahm man erneute Verhandlungen vor trotz der Forderung der Verwaltung, daß alle Maßnahmen gegen die beteiligten Personen unterbleiben würden. Die Vollpräsidenten Ernst später mitteilte, hatte er von der Verwendung eines ausführlichen Bericht unter Nennung einer großen Zahl von Namen erhalten. Am Montag kam es deswegen zu neuen Verhandlungen. Hier drückte Direktor Wulff auf einmal den Spieß um und verlangte von den erlauteten Arbeiterausschüssen eine Entschuldigung. Den Ausschüssen wurde eigens für ihre unfolgsamen Verhalten gratuliert. Die Direktion habe auch die Frage erzwungen, ob die Ausschüsse nicht sämtlich zu entlassen wären. Man habe jedoch davon abgesehen. Im Wiederholungsfall hätten sich jedoch die Funktionäre als entlassen zu betrachten.

Wegen diese Annahme der Direktion nahm nun die bis auf den letzten Platz gefüllte Vollversammlung ganz entscheidende Stellung und nahm die bereits bereitgestellten Resolutionen einstimmig an. Die Stimmung war so, wie Bergmann vom Volksgesundheitsrat ausführt, daß sich die Arbeiterchaft jetzt vollbewußt ist, um was es sich handelt. Die Versammlung gab ein einheitliches Bild einer in der Stunde der Not bis auf den letzten Mann geeinten Arbeiterchaft.

Folgt die Behauptung der „Morgenpost“, als wenn ein Antrag auf sofortige Arbeitsübertragung mit großer Majorität abgelehnt worden wäre, muß festgestellt werden, daß überhaupt nicht darüber abgestimmt, sondern der Antrag auf Entlassung des Ausschusses zurückgezogen wurde. Die Arbeiterchaft ersieht daraus wieder einmal, mit welchen Augenmaß die bürgerliche Presse operiert.

Aber nicht nur die bürgerliche Presse, sondern auch der „Vorwärts“ bemüht sich rechtlich, Uneinigkeit auch in die Reihen der Streikwähler hineinzutragen. Er faßt von der Diktatur des Arbeiterausschusses; da diese Diktatur nun von der Versammlung gebilligt ist, versteht er sich hinter, die nicht dagegen sind und weißt es an, daß diese sich dem Beizug unterwerfen werden. Und wenn sie es dennoch tun! Dann sind sie eben „undisciplinierte und gewerkschaftlich wie politisch ungeschulte Elemente“, und die Führer sind wieder diejenigen, welche alle Verhältnisse gepachtet haben. Wenn der „Vorwärts“ von Demokratie redet, liegt einem der Heil hoch.

Im Hinblick darauf, daß der Tarif am 31. Dezember abläuft, beschäftigte sich die Versammlung auch mit der Frage, ob der Tarif verlängert werden soll. Die Funktionäre hatten einen Antrag eingebracht, den Tarif zu kündigen. Miedel vom Vorstand des Transportarbeiterverbandes bekämpfte diesen Antrag, sich aber bei der Versammlung auf lebhaften Widerspruch. Schließlich wurde folgende Antrag einstimmig angenommen: Die Vollversammlung lehnt in Anbetracht der Verhältnisse einen Kollektivvertrag ab und verbleibt dem Verbandsvorstand letztendlich selbständige Handlungswelt.

Tariffbewegung der technischen Angestellten des Baugewerbes.

In einer am 23. d. M. stattgefundenen großen öffentlichen Versammlung haben die im Baugewerbe beschäftigten technischen Angestellten zu dem mit dem Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin vereinbarten Tarif Stellung genommen und unter der Vorrede ihre Zustimmung erteilt, daß 1. auch die Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte von Groß-Berlin den Tarifvertrag im ganzen annimmt, 2. die früher vereinbarte unterliegende Regelung der Alterszulagen und der höheren Gehälter für die älteren Berufstätigen im Hinblick auf die Inkraftsetzung dieses Tarifes erfolgt und 3. die durchgehende Arbeitszeit

überall da, wo diese ohne allzu große betriebstechnische Schwierigkeiten eingehalten werden kann, zur Durchführung kommt.

Nunmehr haben auch die Arbeitgeber in ihrer Generalversammlung den Tarifvertrag ohne Änderung angenommen. Damit treten die neuen Gehaltsätze rückwirkend ab 1. Oktober in Kraft. In allen dem Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin angeschlossenen Betrieben müssen also bei der kommenden Gehaltszahlung die neuen Tarifsätze zur Zahlung kommen. Die Einreichung in die vier seit vielen Jahren bestehenden Klassen der Angestellten der Baugeschäfte, die Aufgabe haben, über die Durchführung des Tarifvertrages zu wachen, sind zweifellos bei der Gruppenzuweisung auch auf Grund des im Tarifvertrag selbst gewährten Mitbestimmungsrechtes im Einvernehmen mit dem Angestellten-Ausschuß bzw. mit dem in allen Betrieben, mit mehr als 3 Angestellten zu wählenden Vertrauensmann zu regeln.

Die Angestellten in den Waren-, Kaufhäusern und Spezialgeschäften versammelten sich in beiden Ecken der Börse, um Zielsetzung zu nehmen gegen die abnehmende Haltung des Arbeitgeberverbandes auf Zahlung einer Anschaffungsbekörte in Höhe von 1000 M. für Perleware, 800 M. für Ledige und 100 M. für jedes Kind. Die Referentin, Frieda Licht, erbatete den Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern und legte die drückende Notlage, in der sich die breite Masse der Angestellten befindet, dar. Nach einer Diskussion fand folgende Resolution Annahme: Die mehr als 1000 auf dem versammelten Angestellten der Waren-, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte Groß-Berlins bitten Kenntnis genommen von dem Angebot der Arbeitgeber zu der Forderung einer Anschaffungsbekörte. Sie erklären einmütig, dieses Angebot, das sich nur auf eine verdoppelte Zahlung der geringen monatlichen Lebensmittelzulage beschränkt, nicht annehmen zu können, da der Preis der gesuchten Bekörte durch dieses Angebot in keiner Weise erreicht wird. Angeichts der drückenden wirtschaftlichen Notlage, in der sich die große Masse der Angestellten befindet, angeichts der bei ihnen infolge eines unbilligen Tarifes herrschenden Verunsicherung, der als nächster Kontrakt ein ungewöhnlich klärender Gehaltsvertrag gegenübersteht, können die hier versammelten Angestellten unter keinen Umständen bei dem Mindestmaß ihrer Forderungen auf Zahlung einer Bekörte in Höhe von 1000 M. für Perleware und 800 M. für Ledige und 100 M. für jedes Kind absehen und erwarten in diesem Sinne den Abschluß der Verhandlungen zwischen ihrer Organisation — dem Arbeiterverband der Angestellten — und dem Arbeitgeberverband bis spätestens 30. Oktober er.

Groß-Berlin.

Freie Sozialistische Proletariatsjugend.

zur endgültigen Reorganisation unserer Bewegung in Groß-Berlin haben wir für Sonnabend, den 1. November, abends 7 Uhr, im Jugendheim 11, Königsberger Straße 7 (nahe Schlesischer Bahnhof) eine Vorbereitungsversammlung anberaumt. Umfassend, die bestmögliche wie wir wollen, sind freundlich eingeladen.

Wir wollen die Jugend in wahrhaft sozialistischem Geiste erziehen, wollen über unsere wirtschaftlichen Ziele nicht die Bildung zum Menschen vergessen.

Wir wollen ferner, daß die Jugend sich ihrer Jugend bewußt sei und sich ihrer freuen soll. Die Jugend soll es nicht den Alten an Spießbürgerlichkeit nachsehen lassen.

Wir wollen ferner die Unabhängigkeit der proletarischen Jugend in jeder Hinsicht und nicht die Vorherrschaft irgendeiner Partei sein.

Wir wollen die Jugend der arbeitenden Klasse zu revolutionären Kampferne erziehen.

Jugendliche, schließt euch unserer Einheitsorganisation an! Proletarische Eltern, schließt eure Kinder in die Rekrutenschulen des revolutionären Sozialismus!

Freie Sozialistische Proletariatsjugend, Ortsverein Groß-Berlin.

Alfred Blau, R. 20, Driegener Str. 7. Ernst Pantant, R. 30, Nord-Ufer 11.

Zur Erwerbslosenfürsorge.

Durch Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 27. Oktober ist unter anderem bestimmt, daß an Erwerbslose, die das 18. Lebensjahr vollendet und in den vorhergehenden 3 Monaten an mindestens 60 Tagen die volle Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, in der Zeit vom 1. November 1919 bis 31. März 1920 eine Winterbeihilfe gewährt werden kann. Der Monatsbetrag für Erwerbslose mit Familie beträgt den vierfachen Tageslohn der Unterstützung, die Winterbeihilfe ist monatweise zu gewähren, und zwar in der Regel nicht in bar, sondern in Sachleistungen. Ferner wird in der neuen Verordnung die Möglichkeit geschaffen, an Gemeinden, die die sogenannten produktive Erwerbslosenfürsorge einführen, Zuschüsse aus Reichs- und Staatsmitteln zu leisten.

Erklärung.

Der Kurator der Handelshochschule, Professor Dr. Apt, hat gegen die Vorsitzenden der sozialistischen Arbeitergemeinschaft der Handelshochschule, Verzer und Wolff, ein Disziplinarverfahren eingeleitet auf Grund des letzten Ablasses einer Kundgebung, die diese veröffentlichen anlässlich der Organisation einer „Kauwmännlichen Korde“ durch den Ausschuss der Studentenschaft der Handelshochschule. Der Ablass lautet:

„Die sozialistische Arbeitergemeinschaft an der Handelshochschule lehnt als solche eine Erklärung zum Streik ab. Sie legt jedoch gegen dieses Vorgehen scharfe Verwahrung ein, und ihre Mitglieder lehnen es ab, sich für ähnliche Streikbedrohungen herzugeben.“

J. A. geg: Herbert Berger, geg: Bruno Wolff.

Die Sozialistische Studentenschaft legt gegen dieses beachtliche Disziplinarverfahren auf das Entschiedenste Verwahrung ein, da sie in ihm eine Verletzung der durch den Artikel 113 der Reichsverfassung jedem Deutschen gewährleisteten staatsbürgerlichen Freiheiten für die Studierenden erblickt. Die Sozialistische Studentenpartei, als Organisation der sozialistischen Studierenden der Universität und Technischen Hochschule erklärt sich mit der sozialistischen Arbeitergemeinschaft der Handelshochschule solidarisch in der Verurteilung eines derartigen Disziplinarverfahrens, das ungewissheit einen Präzedenzfall für politische Maßnahmen schaffen soll. Sie empfindet diesen Versuch, den Studierenden das Recht der freien Meinungsäußerung zu beschränken, als eine unerbittliche Provokation.

Es ist ferner in dem Vorgehen des Senats der Handelshochschule ein unannehmliches Eingreifen zu sehen, das die traditionellen Elemente der Lehrkörper der Berliner Handelshochschule und die sorgfältige Überwachung der demokratischen Republik vom Senat herab beschränken, namentlich ihre Zeit für gelommen erachten, um wieder die Freiheit gegen ihren politischen unbedeutenden Elemente der Studentenschaft herzugeben.

Die Sozialistische Studentenpartei, Berlin.

Werner Heyberg, Friedrich Heymann, Heinrich Meyer.

Kleinkasse der Groß-Berliner Arbeiterchaft (früher Probe-Hochschulgemeinde für Proletarier). Das Schullokal der Kleinkasse wird ab Montag, den 3. 11., nach der 21. G.-me-Bekörte, Neue Friedrichstraße, hinter der Garnisonkirche 2, verlegt. Die Räume der einzelnen Kurse werden am Eingang durch Schilder bekannt gemacht. Am Dienstag, den 4. 11., abends 7 Uhr beginnt in der Aula der genannten Schul ein Kursus des Genossen Däumig über „Weien und Aufgaben der Betriebsräte“, Dauer 5—6 Abende. Anmeldungen am ersten Abend bei Kurusbegleitern. — Der landwirtschaftlich-hochschulische Genossen Kurs beginnt neu am Donnerstag, den 6. 11., um 10 Uhr. Er wird im wesentlichen eine Wiederholung des bisherigen Kurses sein und ist für anbildungslustige Genossen, Landvolkskulten usw. berechnet. Es sind einige Exkursionen vorgesehen nach Wintermühlbach der Stadt Berlin.

Lichtenberger Rädliche Volkunterhaltung. Joseph Blaut ist für den nächsten Punkt am Abend gewonnen worden, der am 8. November, abends 8 Uhr, im Gorkon-Sportklub stattfindet. Eintritt zu 1.50 M. sind in der Rädlichen Schulabteilung, Wittenbergstraße 14, und in den „Freiheit“-Ausgabestellen im Vorverkauf erhältlich.

Lebensmittellisten.

Kriegsbekämpftenfürsorge. Vom 16. November ab erhalten alle Kriegsbekämpften mit einem Erwerbserlust von 30 Prozent und mehr in Berlin eine Nahrungszulage von 4 Mfr. monatlich. Die Zulage wurde bisher nur bei einem Erwerbserlust von 50 Prozent und mehr gewährt. Die Bezugsstellen sind vom genannten Tage ab bei den zuständigen Bezirkskommissionen gegen Vorlegung der Revisionsurteile erhältlich.

Schöneberg. Bis zum 4. November Voranmeldung für 200 Gr. ausländ. Hülsenfrüchte auf Abschnitt 73 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte und 200 Gr. amerikan. Weizenmehl auf Abschnitt 22 der Einheitsaufkarte. Ausgegeben werden in der nächsten Woche 200 Gr. Suppen auf Abschnitt 22, 100 Gr. ausländ. Hülsenfrüchte auf Abschnitt 23 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 20 Gr. Normmehl auf Abschnitt 26 sowie je ein bischen Schokolade auf die Doppelpunkte 29 und 30 der Schöneberger Bezugskarte. Weizenmehl (Weizenmehl) und Weizenmehl zum Handvertrieb von 2.00 M. sind markenlos in allen Kolonialwarengeschäften erhältlich.

Brandenburg. Von heute ab 200 Gr. Teigwaren auf Feld 330. **Bliesdorf (Kochb.).** Auf Abschnitt 80 der Lebensmittelkarte 200 Gr. Teigwaren, auf Abschnitt 81 100 Gr. Hülsenfrüchte und 150 Gr. Getreidemehl auf Abschnitt 44 der Lebensmittelkarte für Jugendliche 200 Gr. Suppen. Die Lebensmittelkarten sind den Kleinhandlern bis spätestens Mittwoch zum Abreichen der Anmeldebüchlein vorzulegen. Die Wasserausgabe für die Kleinhandler erfolgt am Donnerstag.

Aus den Organisationen.

Bezirksorganisation Berlin-Stadt.

Sonnabend, den 2. November, vormittags 9 1/2 Uhr. Generalversammlung der Bezirksorganisation Berlin. Stellungnahme zum Parteitag.

14. und 15. Bezirk. Bildungsausschuss Kochb.-Kantinenrat. Mittwochs in der Kolo Jwingl Nr. 2 Vortrag über „Weg zum Sozialismus“, Ref.: Gen. Otto Josen, Eintritt 35 Pf.

Charlottenburg. Die Sitzung des Nationalrats findet nicht im Volkshaus, sondern im Rathaus, Sitzungszimmer 1, am 1. November um 8 Uhr abends statt.

Charlottenburg. Der Kursus für Nationalökonomie des Genossen Dr. Herz muß leider wegen dringender Verhinderung am Sonntag ausfallen.

Wilmersdorf, Zehlendorf. Sonnabend abends 7 1/2 Uhr beim Genossen Uebler, Königsplatz, Siemensstraße, Umkehr der Kandidaten zum Parteitag.

Berlin. Sonnabend abends 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Wulff, Bürgermeisterstraße. Stellungnahme zum Parteitag. Wahl der Delegierten (Uwähl).

Bereinstellender.

Proletarische Gemeinde. Sonntag, 1. November, vorm. 11 Uhr, in der Klosterstraße, Klosterstr. 7a, Vortrag des Herrn Dr. W. Ueber: Kur über die Geschichte der Theologie. Kulturgeschichtliche Vorträge. — Harmonium: Der Müller u. d. Bach. — Abends 7 Uhr im Stadthaus, Klosterstraße, Ecke Stralauer Straße, öffentliche Vortrag des Herrn Ernst Däumig: Selbsthilfe gegen kirchliche Reaktion.

Handelshochschule. Dienstags abends 8 Uhr im Königstadt-Kaffeehaus, Holzmarktstraße 72, Brancherversammlung.

Zentralverband der Angestellten. Sektion der Postausarbeiter und -helferinnen. Sonntag vorm. 10 Uhr im Lehrerseminarhaus, Algensteinerplatz, Versammlung. Dienstausweise sind am Eingang vorzulegen.

Wund der technischen Angestellten und Beamten. Fachgruppe Chemis. Mittwoch abends 7 1/2 Uhr Versammlung im Vierpalt Fabrikhof, Friedrichstr. 124.

Kuchlschäfte 2. M. 21. Die Versammlung der Kuchlschäfte vom Logen-Restaurant und Kuchlschäfte Hof findet am Montag, den 3. November, vormittags 11 Uhr, im Restaurant von J. Hartmann, Linienstr. 198, statt.

Widwund der Invaliden pp., Ortsgruppe Groß-Berlin. Montag fällt die Erziehung in unserer Geschäftsstelle, Stadthausmarktstr. 6, wegen der öffentlichen Versammlung aus.

Internationaler Wund der Kriegsbekämpften, Teilnehmer und Kriegsgenossen. Tempelhof, Wilmersdorf. Sonnabend, 1. November, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Streiter, Wilmersdorf, Chausseest. 27.

Freie sozialistische Proletariatsjugend, Ortsverein Groß-Berlin. Sonnabend abends 7 Uhr im Jugendheim 11, Königsberger Straße 7 (nahe Schlesischer Str.), Vorbereitung aller auf dem Boden der Weltmarxistischen Lehren stehenden Jugendgruppen und -genossen.

Freie sozialistische Jugend. Nationalrat. Abends 8 Uhr, der für die Funktionäre am Sonntag, 2. November, geplante Vortrag kann statt am Sonntag, 2. November, stattfinden.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Freier Schachklub für jedermann und das Klubmeiste Turnier von jetzt an jeden Sonntag vormittags von 9—11 Uhr bei Pfeffer, Wilmersdorf, 23a. Neugegründeter und Spielkommission Sonntag, 2. November, vormittags 10 Uhr, abends.

Tropten-Baumgartenweg. Turnverein „Jahr“. Sonntag, 2. November, nachmittags 3 Uhr, öffentliches Scherzturnen im Gymnasium Neue Kugelhalle 7. Eintritt frei. Freunde und Gäste willkommen.

Humor des In- und Auslandes

Karikaturen und Witze

Freie Welt

Heft 24

Kaffee billiger!

ROSTEUTSCHER



Hochfein in Qualität u. Röstung, vorzüglich u. rein im Geschmack!

Das Pfund bisher M. 15,-
jetzt M 14,-
1/4 lb 3,50 1/10 lb 1,40

IN ALLEN FILIALEN DER FIRMEN

OTTO REICHELT - BUTTERHANDLUNG
J. F. ASSMANN - BUTTERHANDLUNG
ERNST LADEWIG - BUTTERHANDLUNG
UNION - BUTTERHANDLUNG
LORELEY - BUTTERHANDLUNG

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Südwall. 7 Uhr: Gas.

Opernhäuser 8 Uhr: Palestrina.

Schauspielhaus 8 Uhr: Maria Stuart.

Deutsches Theater 7 Uhr: Othello.

Kammerspiele 7 Uhr: Die Räuber der Pandora.

Königsgrüner Straße 7 Uhr: Schloß Wetterstein.

Komödienhaus 7 Uhr: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater 7 Uhr: Hummel-Studenten.

Lessing-Theater 7 Uhr: Der grüne Kakadu.

Deutsches Kunst-Theater 7 Uhr: Cyrienne.

Trianon-Theater 7 Uhr: Aschenbrödel.

Königsstadt-Theater 7 Uhr: Der grüne Kakadu.

Residenz-Theater.

Stadtbahn Jannowitzbrücke. Nachm. 4 Uhr kleine Preise: Händel und Gretel. Täglich 8 Uhr: D. höhere Leben.

Cosmo-Theater 7 Uhr: Der gute Rat.

Kosmopol-Theater 7 Uhr: Das Gesetz.

Walhalla-Theater 7 Uhr: Eine Frau wie Du.

Wintergarten. 7 Uhr: Variétévorstellung.

Apollo-Theater 7 Uhr: Die Welt im Jahre 2000.

Theater am Kottbuser Tor. 7 Uhr: Die drei Missethäter.

Circus Busch 7 Uhr: Neue Spezialitäten.

Albas Kopfläufer auf dem Drahtseil.

Die 3 Luftballons Rückkehr, Stiergeheul.

Charl. Wagner, Schulleiterin u. **Louis Blumenfeld's** Freizeitsportspiele.

Adolf, Franz u. Jansen Seilmacher.

Zum Schloß: Aphrodite Tragikom. Panomime in 3 Akten von Paula Giesch.

Komödienhaus

an der Markstraße

7 Uhr, Sonnabend, 1. November, 7/8 Uhr:

Zum 150. Male:

Liselott von Pfalz

Lustspiel in drei Akten und einem Vorspiel von Rudolf Prescher u. Leo Walter Stein.

Richard Oswald

Leuchtspiele

Direktion Gebr. Köttner

Köpenicker Str. 68 (National-Theater)

„Die Apachen“

Detectiv-Abenteuer in 3 Akten

Hauptrollen: Max Landa

Reinhold Schünzel

Hanni Weisse

erner

Das Werkzeug des Cosimo

mit Hella Moja.



Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Konditorei u. Café Hohenstaufen

Kottbuser Damm 76, Inh. Otto Pollmann, hält sich den Genossen bestens empfohlen.

Prozesse, Alexanderstr. 43.

Ich zahle für

alte Gebisse

für den gewöhnl. Plat.-Zahn bis 5.50 M., jedoch nicht unter 3.30 M. pro Zahn.

Für Plat.-Stift- u. Platt.-Zähne bis 45.- M. (auch Gold)

Platin zu den jetztigen hohen Preisen!

Ankauf im Hotel „Grüner Baum“, Berlin W, Krausenstraße 55-58.

Täglich 10-6 Uhr Zimmer 1. Vaufer, Berlin.

Unter den Linden 22. 5

Lindencabare

Direktion M. Soliman

Hans Hauser
Charlotte Klein
Leontine Gähle
Cilli Welle
Willy Tennant
Mila Endresser
Henny Hauptmann

Das Eröffnung-Programm!

Capelle Soronzy!

Möbel

gegen bar und auf Teilzahlung zu mäßig. Preisen.

Bürgerliche Wohnverhältnisse: Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer in großer Auswahl.

Einzelne Möbel, farbige Küchen.

Beison
Lothiner Str. 67.

Die Behörde
Schnellaufbohrer für dringenden Bedarf, sowie Schmirgelsteinen, kauft höchst zutend. Heuschel, Markt, Rostocker Str. 22, Ecke Wittstocker Straße.

Biedorf-Züd
Kaulsdorf-Züd
in der Nähe v. Ufer, Wadema
R. von 25.- an
Verzinsung 4%
Bier-Verkehr, in 1922-23

Villen-Grundstück
in der Nähe v. Ufer, Wadema
R. von 25.- an
Verzinsung 4%
Bier-Verkehr, in 1922-23

Falkenhagen-West
in der Nähe v. Ufer, Wadema
R. von 25.- an
Verzinsung 4%
Bier-Verkehr, in 1922-23

Wartengrundstück
in der Nähe v. Ufer, Wadema
R. von 25.- an
Verzinsung 4%
Bier-Verkehr, in 1922-23

Eigenheim-Geländepfand
Nieschke & Nische,
Berlin NO 43,
Rene-Röhlstraße 10.

Gold Flake * M. Gulmann
Alexandersr. 22

Achtung!
Platin Gramm bis 50.- frei!
Gold, Silber, alte Zahnreihen, Brillanten, sowie unmodern gewordenen Schmuck verkauft man am besten zu den höchsten Kurs- und Tagespreisen bei
Kokoski, Berlin N 54, Amt-Humboldt 2400

Zigaretten

Süßes Lager in orientalischen und ägyptischen Zigaretten.
Lagerbesuch lohnend.
M. Guttman, Berlin O 27, Alexanderstr. 22, 7-8 Uhr.

Zähne
Spezialität: Goldkronen u. Brücken. Zahnreihen mit örtlicher Betäubung bei Befreiung von Gebissen gratis.
völl. Rutenzahlungen gestattet. Emil Koentzel, Neue Schönhauser Straße 131. Sprechstunden täglich von 9-12 und 3-6 Uhr, Montags und Freitags 9-12 Uhr.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Straße 117 (e. d. Löwenstraße)
Haut- und Harnarzt
bewährte, technische Behandlung.
Unentgeltliche Konsultation und ausführliche Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren im verschlossenen Brief M. 1.50) in den Sprechstunden von 9-12 mittags, 3-6 abends, Sonntags 9-11-1 Uhr.

Bürgerliche Möbel

die noch künstl. eingekauft, daher preiswert und gut, sind noch in großer, reichhaltiger Auswahl vorhanden.
Lagerbesuch ist lohnend und ohne Kaufverpflichtung. Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

MÖBEL-FRESE
Weinbergsweg 1, Rosenfelder Platz.

D. R. P. ang. **Pa-Wal** D. R. M.
Das neue Gesichtswunder
spart bis 80% Gas, gibt bis über 300° Helligkeit bei dunkel brennenden Gaslampen. 1 Stück M. 1.50, jedes Stück Garantie. Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften, wo nicht, bei K. Seb. Berlin SO 33, Wrangelstraße 84. Wiederverkäufer gesucht.

Möbel auf Kredit

Kleinste Anzahlung. — Bequemste Abzahlung. — Grösste Flexibilität.

Einzelne Möbel werden bereitwillig abgegeben. Bei Bezahlung bedeutende Preisermäßigung.

M. Landwehr,
Müllerstraße 7, am Tiergarten
Kreditverleiher nehme in Zahlung.
Lieferung auch nach auswärt.

Bunte Küchen
von 300 Mark an
1- u. 2-Stuben-Einrichtungen
Bar oder Kredit!

Möbel-Gross
Gross-Frankfurt a. M. 141
Invalidenstr. 5, Eing. Arbeiter
Zahlungserleichterung nach Wunsch. Gr. St. für nicht bei Arbeitslosigkeit, und Krantheit, Kriegerrente u. Sparsagen nehme in Zahlung.

KRYSTALL-PALAST

LICHTSPIELE
LANDSBERGER STRASSE Nr. 31

Uraufführung

Nur 2 Tage
Matrimonium sacrum
(Der heilige Stand der Ehe)
Sensationelles Drama in 5 Akten von Hugo Strass
Hauptdarsteller: Rosa Valdivia
Außerdem das **Franz-Holer-Lustspiel**
Hängezöpfechen
in 3 Akten EINLAGE

Merkur-Palast

Ecke Potsdamer- und Stralower Straße.
Nur bis Montag, den 4. November
Die herrliche Pflanzensaison der Gegenwart!
Die Wirschaften der Käse Keller
6 Akte, auch dem gleichnamigen Roman; ferner
Der Schwerebrecher
Lustspiel in 3 Akten,
8 Akte, 4. Akt. Pola Negri in *Vendetta*, 5 Akte.

Bethmanns Ende.

Seine Vernehmung vor dem Untersuchungs-Ausschuß.

Der Sitzungsbericht.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

In der weiteren Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß fuhr Bethmann Hollweg fort:

Hiermit glaube ich, die Momente, die bei den Zentralmächten gegen ein Verbot auf den Schritt des Präsidenten Wilson sprachen, klar umschrieben zu haben. Ich habe noch einmal hervorzuheben, daß es nicht nur die Unschärfe des Ob, sondern auch des Wann war, und vor allem die militärische Bedeutung dieses Wann. Ich komme nunmehr zu den Gründen, die für die

Veröffentlichung des Friedensangebotes der Mittelmächte gerade am 12. Dezember

sprechen. Es handelt sich da um die wichtigsten Gründe, um Gründe bei uns und bei unseren Bundesgenossen und um die Absicht, die feindlichen Regierungen in Verhandlungen zu verwickeln und auf den Friedenswillen der feindlichen Völker zu wirken. Zunächst die äußeren Ansätze. Im Sommer 1916 hatte Baron Kurian ein Friedensangebot der Mittelmächte angeregt. Er zweifelte an der Möglichkeit, den Krieg ausschließlich durch Waffengewalt erfolgreich zu beenden, und fürchtete, dem Zeitpunkt entgegenzugehen, wo die gesamten Zustände in der Donaumonarchie weder materiell, noch moralisch einer Fortsetzung des Krieges gewachsen sein würden. Da bis dahin alle Verhandlungen über Friedensmöglichkeiten ergebnislos verlaufen waren, war Baron Kurian der Überzeugung, daß eine öffentlich dokumentierte Friedensbereitschaft der Mittelmächte die Stimmung in der Donaumonarchie heben würde, selbst dann, wenn die Feinde das Angebot ablehnen sollten. Daß ganz unabhängig davon bei Baron Kurian auch das Bestreben bestand, möglichst bald das Völkermorden zu beenden, ist ganz selbstverständlich. Die Anregung unseres Bundesgenossen in den Wind zu schlagen, wäre selbst dann ausgeschlossen gewesen, wenn ich ihre Begründung nicht voll anerkannt hätte. Bei uns in Deutschland hätte sich die Aufmerksamkeit derjenigen Vorkriegszeit, welche die zünftige Sicherung unseres Landes nur von der Verwirklichung mehr oder weniger weitgehender annexionspolitischer Kriegsziele abhängig glaubten, und den Schritten, die solchen Zielen obgleich waren, immer mehr erpicht und vertieft. In keinem Extremum führte dieser Gegensatz zu den widerläufigen gegenseitigen Anschuldigungen, welche die Wiederstandskraft des Volkes ernstlich bedrohten. Ich habe wiederholt in amtlichen Erklärungen und in meinen Reden den Verteidigungscharakter des Krieges unterstrichen, und der leidenschaftliche Haß, mit dem mich die sogenannten Annexionsziele verfolgten, konnte einen Zweifel über meine Stellung nicht aufkommen lassen. Trotzdem mußte eine abermalige Betonung, daß der Krieg nicht um dynastische Ziele willen fortgeführt würde, auch innerpolitisch nützlich und nötig erscheinen. Wenn gleichzeitig die völkspolitische Entwicklung ihren Lauf genommen hat, so liegt darin der Beweis, daß es gut war, ihr durch augenfällige und nicht wegzuleugnende Mittel abzuhelfen.

Zu den inneren Gründen aber kamen auch außenpolitische Gründe für unser Friedensangebot.

Ich war bei meiner ganzen Politik der Auffassung, daß der Friede nicht erreicht werden könne durch Sondierungen bei den feindlichen Regierungen, sondern nur durch Einwirkungen auf die feindlichen Völker. Die Bewegungsfreiheit aller Regierungen in der Friedensfrage, auch der zaristischen Regierung, war außerordentlich beschränkt. Hebrall wurden die Völker zu leidenschaftlichem Haß angeporrt, in allen Ländern entstanden Organisationen der Aufregbarkeit, geistig und gefühlig, das liegt in der Natur der Dinge, insbesondere von den Gemütern, denen die militärischen Interessen oblagen. Diese Mechanik der Zustimmung läßt sich sowohl bei uns wie bei den anderen Mächten die Bewegungsfreiheit der Regierungen. Ich habe das sehr frühzeitig erkannt und dem Kaiser gesagt, der dafür volles Verständnis hatte. Der meine Reden aus jener Zeit durchliest, wird immer auf den Gedanken stoßen, daß ich bestrebt war, auf den Friedenswillen der Völker in den anderen Ländern zu wirken. Es

ist vergeblich geblieben. Ich habe mich bemüht, und zwar nicht nur in Worten, sondern auch in Handlungen dagegen gewehrt, meine Bewegungsfreiheit durch eine Entschleunigung nicht wieder zu bindender Kräfte und Beschränkungen einschränken zu lassen. Das haben die feindlichen Regierungen nicht getan. Sie werden in den Akten der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes monatelang Zeugnis hierfür finden, oft Zeugnisse unzweifelhafter Feinde, über die ihnen sehr unbenachteiligte Wirkung nicht getan. Das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 war ein Glied in dieser Kette. Es sollte den Stein ins Rollen bringen und war dem Gedanken gewidmet, daß ein öffentliches Friedensangebot der Mittelmächte eine tiefe Wirkung bei den feindlichen Völkern nicht verfehlen würde. Ich darf daran erinnern, daß in England kurz vorher das Kabinett Asquith gestürzt war, und ein Kabinett Lloyd George bereitete sich vor. Im Oktober hielt Grey seine Konfession, die von seinen Anhängern als eine Demonstration der Politik Lloyd Georges angesehen wurde. Ende November brachte „Manchester Guardian“ das Gerücht von einer Rekonstruktion des Kabinetts mit Grey, Balfour und Lansdowne, durch das die Ausschüsse für Friedensverhandlungen begünstigt würden. Am 30. November brachte „Labour Leader“ dasselbe Gerücht und führte die Namen von Balfour und Macdonald hinzu. Am 11. Dezember oder war das Kabinett Lloyd George fertig, und am 12. Dezember ging nach reichlicher Überlegung und in Übereinstimmung mit unseren Bundesgenossen und den militärischen Stellen unser Friedensangebot heraus. Am 13. Dezember schrieb „Morning Post“, es gebe ein allgemeines Gefühl der Erleichterung durch das Land, da die allgemeine Kabinettskrise vor dem deutschen Friedensangebot gelöst sei. Bei unserem Friedensangebot war mit ausschlaggebend, daß im englischen Kabinett in der Friedensfrage verschiedene Strömungen einander rangen. Besonders lagen die Dinge in Rußland, wo aus innerpolitischen Gründen das aus Männern der Rechten bestehende Kabinett und der Zar der Meinung zum Frieden begünstigt wurden.

Nun gebe ich zu, daß wir mit dem Friedensangebot evtl. bis nach dem Friedensschritt des Präsidenten Wilson hätten warten können; aber abgesehen von der Unsicherheit, zu der nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Präsidenten Wilson die Berliner Zentrale doch immerhin berechtigt war, und die sich darauf gründete, daß wir nicht wußten, ob dieser Friedensschritt überhaupt erfolgen und ob er noch in eine günstige militärische Lage fallen würde, war bei uns das Hauptmoment das Bestreben, auf den Friedenswillen der feindlichen Völker zu wirken. Wir glaubten, daß diese Wirkung mit dem Friedensangebot vom 12. Dezember besser sein würde, als bei dem Schritt des Präsidenten Wilson. Natürlich waren weder ich, noch meine Mitarbeiter am 12. Dezember über den mutmaßlichen Erfolg unseres Friedensangebotes zu unterrichtet, wie wir es heute sind. Das Friedensangebot wurde von unseren Feinden einmütig abgelehnt. Das wissen wir heute, aber das wußten wir damals nicht. Wenn wir aber die Bemerkungen aus der damaligen Zeit nachlesen, können wir sehen, wie unbenachteiligt unser Feinde das Angebot empfanden. Man sprach von einer Falle, man setzte die Zensur in Bewegung, man ordnete an, daß das Angebot togeschwiegen würde. Es war doch möglich, daß die Antwort der Allierten unter einem solchen Druck von unten so ausfallen konnte, daß es uns möglich gewesen wäre, den Boden weiter zu spinnen und auch die widerstrebenden Regierungen an den Verhandlungstisch zu bringen. Eine solche Antwort hätte der politischen Leitung des Reiches die Möglichkeit gegeben, die schwere Entscheidung, die seit dem Januar 1918 wie ein Damoklesschwert über ihr hing, und zwar desto drohender hing, je mehr die Haß der U-Boote wuchs und die Leichtigkeit der U-Boote sich vervollständigte, unter Berufung auf Friedensmöglichkeiten mit Erfolg zu widerlegen. Wir hätten dann den Beschluß vom 9. Januar, der von mir für verbindlich gehalten wurde, vermeiden. Heute ist es überaus billig und einfach, das, was eingetreten ist, als unüberwindlich zu bezeichnen, und das in der Weisheit der Vorsehung als das Wahrscheinlichste hinzustellen. Das Friedensangebot vom 12. Dezember war der Versuch einer Einwirkung auf die feindlichen Völker und durch die Völker auf die Regierungen. Seine Wirkung wurde herabgemindert durch die

Form, die von dem Bestreben diktiert war, unsere militärische Lage nicht schwach erscheinen zu lassen. Diese Form war ein Kompromiß der militärischen und politischen Stellen. Ich bin auf dem einmal beschriebenen Wege weitergegangen. Im Reichstage hat sich im Juli 1917 erstmalig eine Mehrheit für diese Politik gefunden, und ich habe in meiner Rede im Reichstagsauschuß, kurz vor meinem Sturz, hervorgehoben, daß sich gegen die Friedensentscheidung nichts einzuwenden habe, weil sie nur die Vermeidung der Feindschaft von mir bezweckten. Politisch bedeutete nur keine vorher dieser Politik eine Mehrheit im Parlament und in der öffentlichen Meinung.

Es ist für mich ein eigenartiges Verhängnis, daß ich durch eine Verbindung des Parlaments mit der militärischen Leitung in dem Augenblick gestürzt wurde, als ich mir zum erstenmal die Möglichkeit bot, meine politische Linie mit einer Mehrheit des Parlaments weiterhin wirksam zu verfolgen. Selbst habe ich nur die Hände, unter denen die Friedensentscheidung gerade gekommen war. Wie haben militärisch nicht gerade auf der Höhe, und dann wurde sie verknüpft mit sensationellen Feststellungen über Reichsflotte im U-Boottkrieg, die fast panisch gewirkt haben. Und schließlich war sie begünstigt mit dem offensichtlichen Sieg der Militärpartei über die gemäßigte Politik des Reichskanzlers. Deshalb habe ich noch wenige Tage vor meinem Sturz dem Reichstag zugeredet, lassen Sie keine solche Resolution. Sie müssen alle Tatsachen in ihren großen Zusammenhängen beurteilen. Dann werden Sie auch die Realität erkennen, die in diesem Krieg über der äußeren und inneren Politik aller Länder lagerte. Man kann sehr zweifelhaft darüber sein, ob unser Friedensangebot vom 12. Dezember zu einem anderen Erfolg geführt hätte, wenn nicht am 11. Dezember die Lösung der englischen Kabinettskrise vorgegangen wäre. Es ist möglich, vielleicht auch wahrscheinlich, daß dann die Wirkung des Angebotes in England anders geworden wäre. Jüngst hat Graf Czernin mitgeteilt, daß die russische Regierung kurz vor dem Sturz des Zaren die ersten Friedensfühler nach Wien hätte gelangen lassen. Es ist ein für den Verlauf des Weltkrieges charakteristisches Verhängnis, daß auch diese Aktion nicht gelungen ist. Der russische Revolution vom März 1917 lag doch der Gedanke zugrunde, daß die bürgerlichen Parteien, die in Rußland unter dem Einfluß der Entente die Träger der Kriegspolitik waren, nicht ohne Mitwirkung der englischen Politik, sich gegen den im Vorhanden von Friedensneigung stehenden Zaren und seine Minister wandten.

Das Verhängnis der deutschen Politik in der hier zur Unternehmung stehenden Periode erblicke ich darin, daß die schroff abgelehnte Antwort, die uns die Entente auf unser Friedensangebot gegeben hat, der politischen Leitung die Argumente nahm, mit denen allein der verhängnisvolle Beschluß vom 9. Januar hätte vermieden werden können.

Ich fasse zusammen: Das Ob und das Wann eines öffentlichen Friedensschrittes erfordern der Berliner Zentrale geistig. Sie zog, um den militärischen Zeitpunkt nicht zu verpassen und um eine öffentliche Aktion zu den Völkern der Entente vorzubringen, den Weg eines öffentlichen Friedensangebotes vor.

Es war eine völlig eindeutige Aufgabe. Der Ton der Rede war schroff und beleidigend. Ich wußte nicht, daß damals irgendeine maßgebende Stelle bei uns dann eine Möglichkeit zu Verhandlungen gegeben hätte. Die allgemeine Auffassung war die: Verneinung jedes Verhandlungswillens. Zwischen hatten wir die Friedensnote Wilsons dahin beantwortet, daß wir die Anregung warm begrüßten. Eine öffentliche Diskussion der beiderseitigen Kriegsziele, bevor die Friedensbereitschaft feststand, wäre eine Prozedur gewesen, die eine etwaige Verhandlungsvorbereitung vernichten haben würde. Den Beweis dafür hat die Entente mit der Aufstellung ihrer Kriegsziele bei Beantwortung der Note gegeben. Nicht war geeignet, die Möglichkeit eines Verhandlungsvorbereitens in weite Ferne zu rücken, als dieser Vermittlungs- und Herzmittlungsstadium. Ich war erkannt, daß Hause vorgelegten haben soll, daß wir ähnliche Bedingungen stellen und uns dann auf der mittleren Linie einigen sollten. Das wäre nur möglich gewesen, wenn auf beiden Seiten der Entschluß zu einer abschließenden Einigung zu kommen, feststand. Wie die Dinge lagen, hätten wir aber das Gegenteil erreicht, wenn wir in der ganzen Welt Kriegsziele proklamiert hätten, die denen der Entente ähnlich wären.

Kann wird gefragt, warum wir unsere Bedingungen nicht vertraulich nach Washington mitgeteilt hätten.

Wir sind damals nicht nach den Friedensbedingungen gefragt worden.

Verstorff gab uns, als für Wilson wesentlich, die allgemeinen Friedensbedingungen an: Abrüstung, Schlichtungsgericht usw. Mit

24) Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermann zur Mühlen.

Gar bald wurde offenkundig, daß die lebhafteste, muntere, kleine Person es auf den Genossen Gerritt abgesehen habe; da dieser ein ehrbarer, nicht unbemittelter Junggeselle war, konnte man ihr dies weiter nicht verargen, doch ward nach einer Weile ersichtlich, sie habe auch Absichten auf den Genossen Claudel, den heiligen Gokarbeiter. Sicherlich hatte sie das Recht, ihre Wahl zu treffen, doch meinten die Frauen, sie überlege sich die Sache gar zu lange, und schließlich behaupteten kokette Jungen, das Mädchen denke gar nicht daran, eine Wahl zu treffen, es wolle alle beide.

Und dann zuckte ein verheerender Blitzstrahl in Jimmies Leben. Kurz nach seiner Verhaftung — noch umgab ihn der Glorienschein des Gefängnisses — trat Genossin Waskerville nach einer Versammlung auf ihn zu und begann mit ihm zu plaudern. Sie wollte wissen, wie er sich als Salzenvogel fühle. Als er antwortete: „Neuherst wohl!“, entgegnete sie, er möge nicht gar zu stolz sein, auch sie sei einen ganzen Monat gefesselt, wegen Streikpostenstehens bei einem Näherinnenstreik. Ihre schönen braunen Augen lächelten ihn an. Sie aufreizenden kleinen Krübbchen verflüchteten ihre Wirkung nicht. Der arme, bescheidene Jimmie erbeute bis zu dem Zehen, noch nie hatte sich ein so entzückendes Geschöpf mit ihm abgegeben, es sei denn, er habe ihm eine Zeitung verkauft, oder es in seinen Landstreichertagen angebetelt. Dies war eines der Wunder des Sozialismus: alle Klassenkranken brachen zusammen und ließen den Blick auf höhere Welten der Kultur und der Schönheit frei.

Genossin Waskerville fuhr fort, Jimmie mit ihrem Köcheln und ihrem Witz zu beglücken, obgleich die Genossen Gerritt und Claudel samt etlichen anderen Motten ihr helles Licht unerschütterten, und alle Frauen der Ortsgruppe sie mit schreulichen Augen betrachteten. Schließlich, zu Jimmies ungeheurer Verwirrung, fragte die muntere junge Freiheitsgöttin: „Wollen Sie mich heimbegleiten, Genosse Higgins?“ Er stammelte: „Ja“ und sie strebten ihrer Wohnung zu. Die

junge Freiheitsgöttin befragte ihn über das Gefängnis und bewies erstaunliche Kenntnisse auf dem Gebiet ökonomischer Kriminologie. Sie schien weder der unruhig flatternden Motten, noch der Empörung der unemanzipierten weiblichen Mitglieder zu achten.

III.

Sie schritten die Straße entlang: Genossin Waskerville schauerte vor Entsetzen, da Jimmie von den „Bienen“ berückelt, war begeistert über die Belehrung des einäugigen Mitle und erregt über das Singen der Internationalen in den Zellen. Sie fragte sich, ob sie in diesem unheimlichen kleinen Maschinen eine Verfallschleife entdeckt habe? Jedenfalls bestürmte sie ihn mit Fragen über seine Vergangenheit und seine Ideen. Da er von seiner vereinsamten, stets hungrigen Kindheit erzählte, murmelte sie teilnahmsvolle Worte, und es schien dem bezauberten Jimmie, hier sei eine Frau, die instinktiv alle Sehnsüchte seiner Seele versteh. Sie legte die Hand auf seinen Arm — es war wie die Berührung eines Engels, feltame kleine Schauer überliefen Jimmies kalten Leib.

So, die Genossin Waskerville vermochte seine Schmerzen zu begreifen, denn auch sie wußte, was leiden heißt. Als ganz junges Mädchen war sie ihrem, durch eine Stiefmutter unerträglich gewordenen Heim entlaufen und hatte auf eigenen Füßen stehen müssen. Deshalb kämpfte sie so eifrig für Frauenemanzipation — sie kannte die Verflorung ihres Geschlechtes aus eigener, bitterer Erfahrung. Theoretisch waren viele Männer für die Gleichberechtigung, in der Praxis aber arbeiteten sie dagegen, und was die Frauen selbst anbetraf — man brauchte sie nur in der hiesigen Ortsgruppe zu studieren, um zu erkennen, von wem beschränkten, bourgeois Ideen sie beherrscht werden. Jimmie wußte nicht recht, welche Ideen die Genossin Waskerville meine, er wußte bloß, daß ihre Stimme weich und melodisch sei und bis zu seiner Seele dringe.

Er sollte sie heimbegleiten, doch hatte er keine Ahnung, wo sie wohne und auch sie schien es für den Augenblick vergessen zu haben. Sie schlenderten ziellos dahin, sprachen von den wundervollen neuen Ideen, die Männer- und Frauengeister aufrütteln. Was hatte der Genosse Higgins von

Problemen? Der Genosse Higgins hatte noch nie von derartigen gehört, er lachte andächtig, tapfer seine Bestürzung verbergend. „Und was geschieht mit den Kindern?“ „Es braucht ja keine Kinder zu geben“ — entgegnete die eifrige Feministin. „Es ist ein Verbrechen, gedankenlos Kinder in die Welt zu setzen.“ Sie habe vor, berichtete sie, die Arbeiterfrauen zu verammeln und sie über den technischen Teil dieser heiligen Frage zu belehren; inzwischen jedoch war sie bereit, die Sache jedem verlegenen, sich innerlich schämenden Mann, dessen sie habhaft werden konnte, zu erklären.

Schließlich blieb sie stehen und rief: „Wo sind wir denn hingeraten?“ Ein fröhliches Lachen begleitete die Entdeckung, wie weit sie vom Wege abgewichen waren. Sie kehrten um, schlugen diesmal den rechten Weg ein, und Genossin Waskerville predigte unermüdet weiter. Der arme Jimmie konnte sich vor Scham und Bestürzung gar nicht mehr aus. Er hatte sich für einen Radikalen gehalten, weil er die Expropriation der Ausbeuter forderte, diese Worte jedoch, die Herzerregung des Heims und jeglicher Konvention, verletzten ihn in Angst und Schrecken. Und dabei: Mysterie ihm dies ein reizendes, erstaunliches junges Geschöpf ins Ohr, eine weiße Hand lag auf seinem Arm, ein lächliches Parfüm umschwebte ihn. Deshalb sagte sie gerade ihm all diese Dinge? Was meinte sie eigentlich? Was? Was? Was?

IV.

Sie erreichten das Haus, in dem sie wohnte; es war bereits spät. Die Straße lag verödet. Nun hätte Jimmie gute Nacht sagen sollen, doch blieben ihm aus einem unbekannten Grunde die Worte in der Kehle stecken. Genossin Waskerville reichte ihm die Hand und ließ sie, ebenfalls aus einem unbekannten Grunde, in der feinen, die einfachste Höflichkeit hinderte Jimmie, sie fallen zu lassen. So hielt er sie fest und starrte mit schlotternden Knien auf die im Dunkel verdrämmende Gestalt. „Genosse Higgins“, fragte die weiße Mädchenstimme, „wir wollen Freunde sein, nicht wahr?“ Und Jimmie stammelte: „Natürlich, immer.“ „Ich bin so froh.“ Dann nach einer kleinen Weile ein gekünsteltes: „Gute Nacht.“ Eine kalte, harte Gestalt bukste ins Haus. (Fortsetzung folgt.)

haben darauf, wie auch Wilson anerkannte, entgegenkomme und beantwortet. Wir haben dabei unsere Bedingungen angedeutet. Der Vorschlag ist erwidert worden, zu sagen, daß unsere Friedensbedingungen sehr möglich seien und sich im Gegensatz zu denen der Entente in durchaus vernünftigen Grenzen bewegten. Das gelte insbesondere für Belgien, da wir nicht zu antizipieren wünschten. Die einschlägigste Frage sei für uns nicht diskutabel. Wilson ließ uns mitteilen, daß unsere Forderungen ihm äußerst wohlgefallen. Die positiv ausgesprochenen Punkte um vertrauliche Mitteilung der Bedingungen fällt erst in die allerletzte Periode vor dem Druck. Wir haben an Wilson am 22. Januar die Kriegskarte mitgeteilt, die allerdings von denen vom Dezember in mancher Beziehung abweicht.

Wollte man nicht bis zur Erreichung bestimmter maximaler Kriegsziele unter allen Umständen weiterkämpfen, und ich wollte das nicht — so konnte erst im Augenblick, wo sich Verhandlungsmöglichkeiten darboten, nach der jeweiligen Gesamtlage über Friedensbedingungen entschieden werden und darüber, ob und auf welcher Basis man verhandeln wollte. Alle früheren Beschlüsse wären dann in ein Nichts zerfallen. Das war die einfache Konsequenz davon, daß wir im Falle des Scheiterns und eines Koalitionskrieges, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat, Verhandlungsmöglichkeiten auf einer Basis, die das deutsche Volk annehmbar hätte, haben sich bis dahin niemals geboten. Sollen unsere Feinde im Winter 16/17 ernsthaft Verhandlungsbereitschaft zeigen, dann wäre es an der Zeit gewesen, sich ein Bild von dem Erreichbaren zu machen und endgültige Entschlüsse zu fassen.

Die Situation im Januar,

als der unbeschränkte U-Bootkrieg beschlossen wurde, war folgende: Die Marine machte sich stark, England hi nur neuen Entschloßene bereit zu machen, wenn am 1. Februar der U-Bootkrieg begann. Dieser Zeitpunkt war als äußerster Termin bezeichnet, wenn der U-Bootkrieg in diesem Jahre überhaupt Erfolg haben sollte. Sollte sich England im Februar vernachlässigen, dann war die Möglichkeit für dieses Jahr fast Null. Die Oberste Oberleitung verlangte den U-Bootkrieg mit voller Entschlossenheit als ein von der allgemeinen Kriegslage gebieterisch gefordertes Kampfmittel. Dabei wurde hervorgehoben, daß es gegenüber den Seemächtern nicht mehr bevorzugt werden könne, daß weitere Munitionstransporte über den Kanal können. Dieser der Forderung der Obersten Oberleitung stand ein gewaltiger Teil des Volkes, das seit Jahresfrist Ehrlich den Glauben hatte, der U-Bootkrieg werde uns mit aller Gewißheit den Sieg bringen. Der Glaube sah so tief und fest, daß man nicht, wenn man mußte, daß ich ihn nicht teile (mit erheblicher Stimme), unterläßt mit den insamten Verleumdungen bekämpfte. Der überwiegende Teil der Presse hatte mit Hochdruck in demselben Sinne gewirkt. Wiederholte Anträge, die Presse zu zügeln, waren ohne besonderen Erfolg geblieben, weil der U-Bootkrieg nicht nur von der Armee und der Marine, sondern auch von der Mehrheit des Reichstages getrieben wurde. Das Zentrum hatte erklärt, daß ich zwar dem Reichstag gegenüber allein verantwortlich sei, daß aber meine Entscheidung sich wesentlich auf die Entscheidung der Obersten Oberleitung zu stützen habe. Falls diese Entscheidung für die Führung des entscheidenden U-Bootkrieges aus, so dürfte ich des Einverständnisses des Reichstages sicher sein.

Der Reichstag folgte der Obersten Oberleitung.

Nachdem die Konservativen und Nationalliberalen schon vorher unbedeutend dafür gewesen waren, war der parlamentarische Ring geschlossen. (Wagung.) Von militärischer Seite ist jetzt behauptet worden, ich hätte die Oberste Oberleitung sehr gegen ihren Willen in den Streit hineingezogen. Diese Behauptung greift sehr. Es handelte sich um die Anwendung eines Kriegsmittels, das notwendig zum Durchbruch mit Amerika, möglicherweise zum Konflikt mit anderen Neutralen führen mußte. Ein solches Kriegsmittel konnte nur auf Antrag der Obersten Oberleitung in Anwendung kommen.

Die Oberste Oberleitung hat im Kriege diesen Standpunkt immer scharf vertreten. Herr v. Bethmann Hollweg verließ ein Schreiben der Obersten Oberleitung vom 26. Dez. 16, in dem erklärt wird,

daß die Oberste Oberleitung dafür sorgen werde, daß militärisch das geschieht, was sie für richtig hält. Die Oberste Oberleitung und der Admiralstab hatten beschlossen, den U-Bootkrieg zu machen. Der Kaiser stand auf ihrer Seite.

Wegen das Jahr 1916, wo ich den U-Bootkrieg verhindert hätte, hätte sich die Lage von Grund auf verändert. Damals hätte ich durchdringen können, weil u. a. am 1. März nur 85 Groß-U-Boote zur Verfügung standen. Jetzt war die Zahl größer. Dazu kam, daß bei der geringen Weltweite ein Gelingen plausibler erschien.

Ausschlaggebend war, daß Hindenburg und Ludendorff dafür waren.

Das Vertrauen, das diese Feldherren beim gesamten Volke hatten, die Tatsache, daß sie wiederholt sich als Leiter des Vaterlandes erwiesen hatten, und die Feststellung, daß die Mehrheit des Reichstages deutlich gezeigt hatte, daß sie Hindenburgs Votum als entscheidend ansah, waren bestimmend. Erklärten sie sich stark gegen, alle Folgen bis zum Eintritt der Wirkung des U-Bootkrieges zu tragen, auch den Druck mit Amerika, dann konnte ich nur widersprechen, wenn ich mich auf ausschlaggebende Gründe stützen konnte. Sollte ich einen solchen Grund? Der Admiralstab hatte den vorausgesehenen Erfolg aufsehend auf detaillierten Berechnungen von Männern, die sich selbst für vollwirtschaftliche Autoritäten hielten (Gelehrte). Diese Berechnungen hatten natürlich keine Beweiskraft. Ich konnte aber auch nicht die Erfolglosigkeit des U-Bootkrieges nachweisen. Sowie die Fiktion, wie die Unterlassung des U-Bootkrieges waren ein Experiment. Wurde von der Obersten Oberleitung mit vollem Nachdruck behauptet, daß eine erfolgreiche Beendigung des Krieges nur durch den U-Bootkrieg möglich sei, dann konnte ich nur widersprechen, wenn ich eine andere Voraussetzung des Krieges in Aussicht stellen konnte. Die militärischen Stellen forderten gebieterisch den U-Bootkrieg und erklärten, daß der Aufschub einem Verzicht auf eine glückliche Beendigung des Krieges gleichkäme. Wenn Kirch behauptet, daß der U-Bootkrieg 1915 hätte gemacht werden müssen, so waren wir damals dieser Forderung in keiner Weise gewachsen. Der Kriegseinstritt Amerikas hätte uns in einem Augenblick getroffen, wo die militärische Gesamtlage durch Rumänien und Rumänien aufs schwerste belastet war. 1917 war die Lage ganz anders. Rumänien war erledigt, und im Westen war größere Sicherheit geschaffen. Aber auch der entschlossenste Siegeswille konnte das brutale Statium nicht aus der Welt schaffen, daß gegenüber dem andauernden Anstücken der feindlichen Übermacht unter Menschenleben abnahm und unter der Wirkung der Elafade schiedet wurde. (Wegung.) Es handelte sich also um ein Kriegsmittel, das von mächtigen Autoritäten und mit solchen Gründen gefordert wurde, die von der großen Masse des Volkes in der Heimat und in den Schützengräben geteilt wurden. Die Verantwortung war eine ungeheure Last, die ganz schwer auf mir lag. Am 9. Januar war es schließlich unmöglich, zu sagen: Rein der U-Bootkrieg wird nicht gemacht, ich stehe dafür, daß wir demnächst zu Friedensverhandlungen kommen. Ich hätte auch nicht das Vertrauen, daß es Wilson gelingen würde, die Entente zur Aufgabe ihrer exorbitanten Kriegsziele zu bringen. Auch andere Verhandlungsmöglichkeiten konnte ich nicht in Aussicht stellen.

Mein Rücktritt wäre am 9. Januar eine einfache und bequeme Maßnahme gewesen. Hätte ich annehmen können, daß ich durch mein Ausschließen der in mir persönlich bekämpften Politik der De-

klarung irgendwelchen Gewinn hätte schaffen können, ich hätte keinen Augenblick gegahert, dem Kaiser mein Abschiedsgesuch zu unterbreiten. So durfte ich die Dinge aber nicht sehen. Der telegraphische Verkehr mit der Obersten Oberleitung konnte mir keinen Zweifel lassen, daß von ihrer Seite der rücksichtslose Einsatz der U-Boote mit allergrößter Entschlossenheit betrieben würde, sobald die Rede Lloyd Georges bekannt geworden war. Dies wurde in einem Telegramm Ludendorffs klar ausgesprochen, wobei er auf Grund seiner persönlichen Eindrücke an der Westfront die Ansicht ausdrückte, daß der U-Bootkrieg mit aller Schärfe einzusetzen müsse. Das Ausdrückliche Amt erwiderte mit dem Ausdruck seiner ersten Bedenken, namentlich mit Rücksicht auf unsere bevorstehende Friedensaktion. Es kam der Befehl, man solle nicht drängen, aber es kam doch die präzise Erklärung, daß ohne den rücksichtslosen U-Bootkrieg der Feldzug verloren sein würde. Alsdann kam ein Telegramm vom Feldmarschall, in dem es heißt: Die Entente führt mit allen Mitteln den Krieg weiter, nachdem wir in allen Parlamenten eine so schwere Aufgabe bekommen haben. Auch Wilsons Bestrebungen könnten daran nichts ändern, wenn sich unsere Gegner nicht selbst Lügen strafte wollten. Der Feldmarschall hielt das Wilsonsche Angebot als von England herbeigekufen, wir könnten als nationalen Gründe und mit Rücksicht auf unsere starke militärische Position darauf nicht eingehen. Es würde daher ein schwerer und militärisch nicht zu rechtfertigender Fehler sein, wollten wir uns irgendwie Einhalten lassen. Mit starken Worten wies das Telegramm auf die Stimmung in der Armee hin, die den rücksichtslosen Einsatz aller Kräfte erwartete. Auf meine nicht zustimmende Antwort kam ein scharfes Telegramm des Feldmarschalls, die militärische Lage erfordere energisches Handeln zur See.

Der Feldmarschall setzte sein volles Verantwortlich. Zeitgefühl ein, vor das die politische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nicht treten dürfe. Demgegenüber durfte ich nicht an der Annahme festhalten, daß noch Aussicht vorhanden sei, mit politischen Mitteln den Frieden näherzukommen. Ich war der Ansicht, daß der U-Bootkrieg auch den Krieg mit Amerika bedeute. Daraus drehten sich die Auseinandersetzungen zwischen politischer und militärischer Leitung.

Entscheidend war, daß die Oberste Oberleitung entschlossen war, es auch mit Amerika aufzunehmen;

sie ließ es auf eine Nachprobe mit der politischen Leitung ankommen. Mit dem Ausscheiden meiner Person wäre nicht das geringste geändert worden; der Entschluß zum unbeschränkten U-Bootkrieg stand fest. Auch der Kaiser wäre nicht imstande gewesen, selbst wenn er es gewollt hätte, einen Kanzler gegen das Votum Hindenburgs zu halten. Ein Kanzler aber, der die formale politische Verantwortung übernommen hätte, wäre um so eher zu finden gewesen, als unser Volk unbedingt zur Obersten Oberleitung hielt. Ich mußte, als der unbeschränkte U-Bootkrieg faktisch beschlossen war, bedenken, daß es sich nicht um Rücksichten auf die Oberste Oberleitung handelte, sondern um die Rücksicht auf das Reich, auf das Wohl und Wehe des deutschen Volkes. Dürfte ich etwas tun, um das nicht mehr aufzuhaltende Entscheidungsspiel zu lösen? Würde ich irgendeine Chance vernichten?

Ich wählte, daß man in Wien leinewest leichten Herzens die neue Wendung des Krieges mitmache. Mein Abgang hätte unsere Bundesgenossen in noch schwerere Zweifel gestürzt und vielleicht verhängnisvolle Differenzen herbeigeführt. Und bei uns? Ich weiß wohl, daß es einem großen Teil der öffentlichen Meinung lieb gewesen wäre, wenn mit mir diese verhängnisvolle Entscheidung abgelehnt wäre, aber in anderen Volksschichten hatte ich doch noch ein gewisses Kapital an Vertrauen, es wäre dadurch zu einem endgültigen Riß im Volke gekommen; diesen zu verhindern, mußte ich mich bemühen, um Unheil fernzuhalten. Sie wissen, wie die Phantasie des Volkes namentlich hinsichtlich der Zahl unserer U-Boote angestiegen wurde. Durch diesen unerschütterlichen Glauben an die Erfolge unserer U-Boote kammerte sich die unglaubliche Agitation, stand doch die ganze Autorität der Marine hinter diesen Erfolgen, die den Erfolg des Volkes bildeten. Dazu wirkte die Ansicht des Großadmirals v. Tirpitz, daß der U-Bootkrieg schleunigst einzusetzen müsse. Meine wiederholten Verordnungen über die phantastischen U-Bootzahlen konnten nicht öffentlich gegeben werden, so konnten sie auch nicht auf das Volkswesen einwirken, wir durften unsere relative Schwäche nicht enttellen, und die

Nacht der militärischen Zensur

unterließ es, diese Agitation zu hindern. Gegen Amerika bestand im Volke, namentlich wegen der Waffen- und Munitionslieferungen, große Animosität; meine Warnungen, Amerika als Nachschub nicht zu unterschätzen, blieben unberücksichtigt. Zeitweise gelang es mir, einen Rückgang der Agitation zu erzielen; aber die Hypothese, die durch das Vertrauen zu den U-Booten entstanden war, war ein stärkeres Argument. Die Entscheidung, ob der U-Bootkrieg gemacht oder unterlassen werden sollte, war so verhängnisvoll, daß keine Volkseinstimmigkeit auf sie hätte einwirken dürfen. Das Gegenteil ist geschehen: Die Volkseinstimmigkeit war ein Moment, das darauf begündet war, daß Hindenburg aus militärischen Gründen den U-Bootkrieg wollte. Diese Ansicht mußte in der Seele des Volkes einen Stachel zurücklassen mit der Überzeugung, daß bei der Entscheidung keine Zukunft gebrochen worden wäre.

Die traffe, einheitliche Zusammenfassung unserer administrativen und politischen Kraft andere sich, als der Krieg begann. Die militärische Verwaltung griff überall ein, als auch der leistungsfähige zu den Waffen gerufen wurde. All unsere Kraft war auf das Moment eingestellt, der kämpfenden Armee zum Siege zu verhelfen. Vieles ist dem militärischen Übergewicht nicht redigentlich und energisch genug Widerstand geleistet worden, vielleicht hätte ein Mann von der Qualität und Autorität eines Wisenard die Fähigkeit besessen, auch in solcher Lage die Einzelhaftigkeit der Führung zu erzielen. Nach unserem namelosen Zusammenbruch, der nur möglich gewesen ist, weil wir alle gefähig haben, übernehme ich es nicht, die Schuld auf andere abzuwälzen. Aber ich muß doch die Tatsache feststellen: als Hindenburg mit Ludendorff an die Spitze der Oberleitung berufen war, stand für das bürgerliche Deutschland fest, daß ihnen die Entscheidung zugehe, wie der Krieg geführt und beendet werden solle. Es stand fest, daß die politische Leitung sich ihnen zu fügen habe. Der Reichstag, von dem Parlament des größten Einzelstaates ganz zu schweigen, unterwarf sich in seiner Mehrheit von vornherein dem künftigen Votum der Obersten Oberleitung, in dem offengelegten Kampf gegen die Autorität des Reichskanzlers fehlte es da an allem Gegengewicht. Einen inneren Kampf hätte ich wohl entzünden können, dieser hätte aber nicht weiter erstehen können, als einen noch tieferen Riß durch das Volk zu schaffen.

Es muß noch ausgesprochen werden, daß die Mehrheit des deutschen Volkes und seine gefühlvolle Vertretung das Übergewicht der militärischen Leitung (mit stark erhobener Stimme) gewollt hat.

Die Konsequenzen ergaben sich von selbst. Dabei will ich eins sagen, nämlich daß eine zu Beginn des Krieges geschaffene parlamentarische Regierung an sich vielleicht hätte stärker sein können. Die Ineffizienz unserer politischen Zustände ist uns zum Fluch geworden. Auch hier liegt eine Verläumdung vor, aber auch hier vielleicht eine Korrektur. Kommenden Jahren läßt sich die Parlamentarisierung nicht, auch wo sie gewollt ist, sie entwirft sich mit der politischen Reife des Volkes. Wer die ganze Wahrheit, und zwar die große wesentliche Wahrheit und nicht einzelne Tatsachen feststellen will, der wird weder diejenigen, die die Widerstände nicht zu beseitigen vermochten, noch die Träger

deser Widerstände anklagen können, ohne die auf der Geschichte des deutschen Volkes und seiner politischen Parteien entstandene Mentalität zu berücksichtigen. Dieses zu sagen wird mir erlaubt sein, mit Rücksicht auf die großen Kompensationen dieses Weltkrieges, die auf mich einzuwirken sind, und wurde entgegengehalten, die Entente sei völlig unerbittlich am Kriege, wir seien die allein Schuldigen. Dagegen protestierten wir; wir wollten genau so behandelt werden wie die Entente. Die Entente erwartete, daß Wilson sich ihren Anforderungen anschleße, wir seien keine gleichberechtigte Partei, sondern der zu bestrafende Angeklagte. Das heißt mit anderen Worten: Die Friedensvermittlung wird von vornherein partiell sein. Die Stellung Wilsons war in der Norwegensache dahin besandt, daß die Friedensaktion vermittelt werden sollte. In den Bedingungen gehörte auch die Schaffung eines einig-n, unabhängigen Volkes mit einem Korridor zum Meer. Ueber die Bedeutung der polnischen Frage hatte die omenianische Regierung kein lares Bild, wie Graf Bernstorff behauptet hat. Nach der Ansicht des Reichskanzlers hatte Wilson von da an auch keine Meinung mehr, als Friedensvermittlung aufzutreten und den Forderungen der Entente gegenüber Stellung zu nehmen. Endlich am 28. Januar kam die Depesche Bernstorffs, wonach Wilson jetzt den Frieden vermitteln wollte und ihn erhoffte. Dieses Verlangen wurde von dem Admiralstab abgewiesen, weil es unmöglich sei, die bereits ausgefahrenen U-Boote zurückzubringen. Es blieb mir nichts übrig, als Wilson unsere Friedensbedingungen mitzuteilen und das Aufgehen des U-Bootkrieges zuzugestehen, sobald es dem Präsidenten gelänge, eine entsprechende Grundlag für die Friedensbedingungen zu erzielen.

Darauf tritt die Mittagspause ein. Die Beratung wird um 4 Uhr fortgesetzt.

Der Mann mit dem schwachen Gedächtnis.

Herr v. Bethmann Hollweg eröffnet die Sitzung wieder um 4 Uhr 20 Minuten. Es wird in der Vertretung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg fortgesetzt.

Herr v. Bethmann Hollweg: Es geht um Ihre Ausführungen über die Friedensvermittlung und Friedensaktion bei den Bestrebungen Wilsons. Es erscheint hier eine Mischung notwendig.

Bethmann Hollweg: Ich habe heute früh einen Unterschied gemacht, um Mißverständnisse vorzubeugen, wie sie mir in den bisherigen Sitzungen schon passiert zu sein scheinen. Selbstverständlich gehört im weiteren Sinne des Wortes auch die Tätigkeit des Präsidenten Wilson, die darin besteht, die Kriegsführenden an einen Tisch zu bringen, auch zur Friedensvermittlung. Es war festgestellt worden, daß Wilson niemals beansprucht hat, bei der Regelung, namentlich bei den territorialen Fragen, beteiligt zu sein, daß er lediglich bei den allgemeinen internationalen Fragen dabei sein wollte. Diese Tätigkeit änderte sich mit der Kriegsbereitschaft vom 22. Januar. Er formuliert nun ganz bestimmte Bedingungen, wie er sich von früheren dachte. Um nun in der Aussprache die Tätigkeit Wilsons, wie wir sie ihm von Anfang an zugedacht haben und wie er sie beantragt hatte, nicht zusammenzuwerfen mit seiner veränderten Haltung nach der Kongressbereitschaft, schlage ich vor, die Begriffe Friedensaktion und Friedensvermittlung anzuwenden. Friedensaktion ist die Tätigkeit, die wir ihm zugedacht haben, Friedensvermittlung eine Tätigkeit, bei der auch an die materielle Ordnung der Friedensbedingungen gedacht wird.

Herr v. Bethmann Hollweg: Im September 1918 ging der Reichskanzler Gerlach nach Amerika zurück. Hatte er damals Friedensbedingungen mitgeteilt, die er in Amerika vorgetragen sollte? Ist Gerlach von Ihnen mit Instruktionen versehen worden, die ihm einen Überblick über die verschiedenen Strömungen in Deutschland geben konnten?

Bethmann Hollweg: Zuerst die zweite Frage. Ich habe in zahlreichen Gesprächen mit Gerlach, der mich verhältnismäßig häufig besuchte, über die verschiedenen Strömungen, die in Deutschland, namentlich hinsichtlich des U-Bootkrieges bestanden, gesprochen. Gerlach hatte auch selbst seine Beobachtungen angestellt. Die beiderseitigen Beobachtungen deckten sich. Ich habe wiederholt ausgesprochen, daß der Druck auf den U-Bootkrieg seit dem Herbst 1916 größer wurde. Gerlach sagte damals, er sehe, wie meine persönliche Stellung immer mehr umstritten wurde. Natürlich fanden diese Gespräche in diplomatischen Ausdrücken statt.

Dann die Frage, ob ich ihm Friedensbedingungen mitgeteilt hätte. Sowie ich weiß, habe ich ihm keine konkreten Bedingungen mitgeteilt. Gesprochen haben wir natürlich bei verschiedenen Unterredungen über das, was ich bezüglich der deutschen Kriegsziele in meinen Reichstagsreden gesagt habe, über etwas Weiteres meines Wissens nicht.

Ich möchte hier eine allgemeine Bemerkung machen. Ich bin imstande, und nur ich bin imstande, dem Ausschuss Auskunft zu geben über die Motive und Ziele meiner Handlungen. Aber die Rämpfe, die gegen mich gerichtet waren und über die Unterlegung, die ich gefunden habe, ich erkläre mich aber für völlig anherstehend, auf einzelne spezielle Fragen, womöglich an Daten geknüpft, hier zu antworten. Ich möchte doch dem Ausschuss zu bedenken geben, daß ich seit dem zwei Jahren keinen Einblick in die Akten mehr habe, und daß mir die Akten jetzt erst vor noch nicht acht Tagen bewilligt worden sind. Die Zusammenstellung der Akten, die auch dem Ausschuss vorliegen, ist mir erst vor fünf Tagen zugeföhrt worden. Sehr interessante Aktenstücke habe ich erst gestern vormittag erhalten. Es ist ganz unmöglich, daß ich das Aktenmaterial im einzelnen, im Wortlaut der Depeschen, in den Daten, hier gegenwärtig habe und bezügliche Auslagen darüber machen soll. Wenn der Ausschuss solche spezialisierten Fragen an mich richten will, dann bitte ich Sie, sie schriftlich zu formulieren und mir Zeit zu lassen, wenigstens aus den Akten die notwendigen Kenntnisse zu schöpfen, die zu einer zurechen-eidlichen Verantwortung notwendig sind.

Herr v. Bethmann Hollweg: Wir müssen selbstverständlich voraussehen, daß auf bestimmte Fragen bestimmte Antworten erfolgen. Dabei werden wir selbstverständlich, wenn es möglich ist, Ihr Gedächtnis durch Verlesen von Urkunden aufzufrischen suchen. Andererseits geben wir Ihnen selbstverständlich Gelegenheit, sich zu orientieren und uns in einer späteren Sitzung die bestimmte Antwort auf die bestimmte Frage zu geben. Konkrete Friedensbedingungen haben Sie Gerlach nicht mitgeteilt?

Bethmann Hollweg: Soweit ich mich entsinnen kann, nicht. Herr v. Bethmann Hollweg: Dann bitte ich um Auskunft, inwieweit Oesterreich über die Wilsonsche Friedensaktion, um so zu nennen, orientiert war.

bestand zwischen der Obersten Oberleitung und Oesterreich eine ständige Bählungnahme über diese Friedensaktion,

somit sie uns durch den Grafen Bernstorff bekannt wurde oder von hier aus betrieben wurde?

Bethmann Hollweg: Ich kann nur antworten, daß, soweit mir in diesem Moment gegenwärtig ist, Oesterreich orientiert wurde. Eine fortgesetzte Orientierung wäre Sache des Auswärtigen Amtes, nicht unmittelbar des Reichskanzlers. Wie diese Orientierung hergestellt wurde, darüber bin ich im Moment vollkommen außer Hande, eine Auskunft zu geben. Es ist oft unmöglich, auf plötzlich vorgelegte Fragen so aus dem Gedächtnis heraus die Dinge zu rekonstruieren. Ich betone, um nicht Falsches zu sagen: Ich entsinne mich, daß ich in Gesprächen mit dem Reichskanzler Gerlach auch wohl unsere Kriegsziele erwähnt habe. Ich habe gesagt, in Belgien müßten wir Vorfürge treffen, daß es von den Ententemächten nicht als Sturmabzug oder als Verlust verwendet werde. In meinen Reden habe ich diese Forderung negativ gestellt und von den Oesterreichern gesprochen, die wir verlangen müßten. Im Anschluß an eine solche Rede hat mich Herr Gerlach bei Fragen konzipiert, was

ich mir unter Garantie denke. Das habe ich ihm dargelegt und auf die eventuelle handelspolitische Ausdehnung des Vertrags seitens der Entente auch gesprochen. Soweit ich weiß, hat Gerard in seinem Buch auf diese Unterredung Bezug genommen. Diese Darstellung war aber nach meinem Gedächtnis falsch, ich habe sie dememter, wo und wie ich es getan habe, kann ich im jetzigen Moment, ohne das erforderliche Material zusammengefasst zu haben, hier unter Jurgen nicht sagen. Ich möchte dies später nachsehen, möglicherweise auch noch andere Dinge, die mir jetzt nicht gegenwärtig sind. Wenn der Ausschuss bereit ist, mir solche Fragen formuliert vorzulegen und mir Zeit zu lassen, Aktien zu studieren — zu Hause habe ich keine Aktien, ich habe bei meiner Verabschiedung keine mitgenommen, höchstens allgemein zugängliche Sachen, aber keine vertraulicher Natur — so werde ich darauf zurückkommen.

Seine erste Aufgabe war schon etwas unverständlich, ich hätte schon da bitten müssen, mir eine formulierte Frage vorzulegen.

Vorländer Warmuth: Ich kann wohl das Gedächtnis Gurs Erzählung bezüglich des Zusammengehens Österreichs und Deutschlands aufrechen, wenn ich Sie erinnere, daß am 5. Dezember Baron Burian den Wunsch ausgesprochen hat, Präsident Wilson möge nicht als Friedensvermittler auftreten. Da spielte wohl ein persönlicher Wunsch Burians mit. In Erzählung darüber etwas bekannt, daß vorher mit Österreich verhandelt worden ist?

Reichmann-Hollweg: Ich erkläre mich außer Stande, hierüber zu antworten. Ich würde mich in Ratmähungen ergeben, die keine Grundlage haben.

Abg. Dr. Singheimer: Am 18. Oktober haben Sie im Hauptquartier mit Baron Burian über die Möglichkeit, zu einem Frieden zu kommen, die Grundlagen zu einem Friedensangebot besprochen, wie es am 12. Dezember erfolgte. Darüber liegt eine ausführliche Aufzeichnung vor, daß von der politischen Reichsleitung eine Friedensaktion Wilsons bereits angeregt sei.

Reichmann-Hollweg: Das kann ich nicht sagen; ich weiß nicht mehr genau, wie und in welcher Form ich darüber mit Burian gesprochen habe. Die Aufzeichnung war ein pro memoria (Gedächtnisprotokoll) für mich. In dem Drang und der Flut der Geschäfte habe ich während des Krieges mir häufig derartige Notizen gemacht. Dokumente sind es nicht, sie machen nie Anspruch auf Vollständigkeit, die Unterredungen haben oft noch weit mehr enthalten.

Abg. Dr. Singheimer: So fassen wir es auch auf. Aber die Frage ist, ob Burian über unser Vorhaben unterrichtet war.

Reichmann-Hollweg: Die Beantwortung dieser Frage bitte ich erst in einer der nächsten Sitzungen geben zu dürfen, nachdem ich die Möglichkeit gehabt habe, die Akten studiert und mit meinen Mitarbeitern mich besprochen zu haben, um mein Gedächtnis aufzufrischen.

Abg. Dr. Cohn: Erzählung, in der Aufzeichnung heißt es, Burian habe gewünscht, wir sollten nicht die Friedensvermittlung eines oder beider Neutralen anrufen, wohl aber sollten wir die Neutralen bitten, unsere Kontinuität ausgedrückten Friedensangebote zu übermitteln. Diese Bitte sei an alle Neutralen zu richten, wobei Amerika an erster Stelle genannt wurde. War das darauf zurückzuführen, daß dieser Neutrale schon mit einer Friedensaktion befaßt wurde?

Reichmann-Hollweg: Darüber möchte ich in einer der nächsten Sitzungen Auskunft geben, nachdem ich namentlich mit dem Staatssekretär des auswärtigen Amtes gesprochen haben werde. Baron Burian hatte die Überzeugung eines Friedensangebotes an unsere Feinde im Auge, aber nicht als öffentlichen Friedensangebot. Ich habe heute früh schon über die Gründe gesprochen, die eine solche öffentliche Bekanntgabe des Friedensangebotes in einer Parlamentarisation als geeignet erscheinen ließen. Wir wollten dem vorgeben, daß die Entente durch den U-Bootkrieg die Besanntheit verliere. Wir wollten eben auf die Kontinuität der Akten wirken. Den Sozialisten Burians, mit dem Friedensangebot zugleich unsere Friedensziele dem Gegenseite zu übergeben, das ist für unpraktisch gehalten.

Abg. Dr. Cohn: In den Akten ist auch von einer Parallektion eines neutralen Staates oder eines neutralen Gouvernors die Rede.

Reichmann-Hollweg: Auch darauf bitte ich, später antworten zu dürfen.

Zwei Eisen im Feuer.

Vors. Warmuth: Sie hatten also die Friedensbewegung Wilsons angeregt und ihm auf der anderen Seite doch nicht mitgeteilt, daß Sie selbst eine Friedensaktion unternehmen wollten.

Reichmann-Hollweg: Ich habe die Vorteile einer Wilsonschen Friedensaktion wiederum eigenen Friedensangebotes gegeneinander abgemessen. Ich habe geglaubt, zwei Eisen im Feuer haben zu sollen.

Vors. Warmuth: Graf Bernstorff hatte ausdrücklich berichtet, wir möchten mit unseren Friedensbedingungen nicht herauskommen, weil das möglicherweise das Wilsonsche Unternehmen ungünstig beeinflussen könnte. Warum haben Sie diesen Wunsch des Grafen Bernstorff nicht beachtet?

Reichmann-Hollweg: Ich werde später darauf antworten.

Abg. Dr. Singheimer: Sie geben uns eine sehr ausführliche, nicht sehr allseitige Charakterisierung Wilsons. Ist diese ungünstige Meinung über Wilson vielleicht mangelnd gewesen für Ihre und des Auswärtigen Amtes Haltung in dieser Angelegenheit? Und warum haben Sie trotzdem auf das Wilsonsche Angebot Wert gelegt?

Reichmann-Hollweg: Weil der Krieg ein solcher war, daß alle Chancen ausgenutzt werden mußten.

Vors. Warmuth: Am 20. November ging eine Note des Staatssekretärs Zimmermann nach Washington ab, des Inhalts, daß mit der Wilsonschen Friedensaktion außerordentlich gut seien werden, und am 27. November ging eine Note Gurs Erzählung an Hindenburg ab, des Inhalts, daß wir mit unserem Friedensangebot herauskommen müßten. Hier liegt also in einer kurzen Spanne Zeit eine Gegenüberstellung des Handels vor.

Reichmann-Hollweg: Diese Gegenüberstellung erklärt sich dadurch, daß wir zwei Eisen im Feuer haben und behalten wollten. Das ist ein tatsächliches Verhalten, wie es in der Politik alle Tage vorkommt.

Abg. Dr. Singheimer: An zwei aufeinanderstehenden Tagen aber kann doch in einer so wichtigen Angelegenheit eine Gegenüberstellung in den Auffassungen wesentlich nicht zu stehen!

Reichmann-Hollweg: Mir meinen außerordentlich geschätzten Staatssekretär Zimmermann habe ich stets d'accord in Überzeugung mitgeteilt. Ich kann aber nicht wissen, welche Gründe den Staatssekretär Zimmermann bei der Abfassung dieser Depesche nach Washington die Hand geführt haben. Ich bitte, ihn darüber selbst zu vernahmen.

Vors. Warmuth: Das wird geschehen. Aber eine gewisse Übereinstimmung zwischen Ihnen und Dr. Zimmermann müßte doch bestanden sein!

Reichmann-Hollweg: Die Gegenüberstellung erklärt sich dadurch, daß wir zwei Eisen im Feuer haben wollten.

Abg. Dr. Singheimer: Am 28. November wurde Graf Bernstorff dahin informiert, er möchte anregen, daß die Wilsonsche Friedensaktion bald kommen möchte. Von unserer Absicht, am 12. Dezember eine eigene Aktion zu unternehmen, wurde nicht gesagt.

Wußte unter diesen Umständen unsere Aktion nicht ungünstig auf die Wilsonsche Aktion wirken?

Reichmann-Hollweg: Ich kann nur wiederholen, daß die Friedensaktion Wilsons durch unser Friedensangebot nicht beeinträchtigt worden ist.

Reichmann-Hollweg: Wir wollten mit unserem Friedensangebot am 12. Dezember eine überraschende Wirkung auf die feindlichen Völker erzielen; dann konnten wir niemand vorher darüber unterrichten. Wir hatten deshalb strengste Geheimhaltung verabschiedet. Nur wenige Menschen wußten davon. Auch der Reichstag war am 12. Dezember völlig überrascht.

Abg. Dr. Cohn: Würden Sie, daß an manchen Stellen in Deutschland gewünscht wurde, daß unser Friedensangebot die Friedensaktion Wilsons beeinträchtigen sollte?

Reichmann-Hollweg: Nein.
Prof. Bonn: Wilson war zweifellos ein Haudegen. Das deutsche Friedensangebot konnte ihn zwingen, endlich einmal zu handeln, wenn er überhaupt noch zum Schluß kommen wollte. Aber es ist begreiflich, wenn er sich durch das deutsche Vorworfommen vorbestimmt gefühlt hat. Viel wichtiger ist die andere Frage, ob die Wirkung der Wilsonschen Friedensaktion bei den Feinden nicht dadurch beeinträchtigt worden ist, daß wir ihm zuvorkommen sind. Wilson geriet dadurch in den Verdacht der Deutschfeindschaft, und dieser Verdacht mußte die Wirkung seiner Aktion in den feindlichen Ländern verflüchtigen.

Reichmann-Hollweg: Ich wiederhole: auch wenn Wilson verstimmt wurde, so hat diese Verstimmung keinen Einfluß auf sein Handeln gehabt. Die Frage ist, ob die Wirkung der Friedensaktion Wilsons bei der Entente anders gewesen wäre, wenn wir kein Friedensangebot gemacht hätten, oder mit anderen Worten, ob unser Friedensangebot der Entente so mißfallen hat, daß sie um deswillen der Friedensaktion Wilsons keine Folge gegeben hat. Eine Antwort darauf können wir nur finden, wenn wir wußten, was bei unseren Feinden vorgegangen ist. Ich habe aber nicht den Eindruck, als ob die Entente gewillt wäre, ihre Archive zu öffnen.

Abg. Dr. Cohn: Besond bei gewissen Stellen in Deutschland nicht doch die Absicht, das Friedensangebot vom 12. Dezember in Verbindung zu bringen mit einer Änderung der Politik im U-Bootkrieg?

Reichmann-Hollweg: Ich kann nur über das Auskunft geben, was ich gewollt habe.

Abg. Dr. Cohn: Was Sie gewollt haben, ist einem Telegramm an den Freiherrn von Grünau, den Vertreter des Reichskanzlers bei der Obersten Heeresleitung, zu entnehmen, in dem es heißt, daß eine Ablehnung des Friedensappells durch England und die Grundlage schaffen würde, um die in der „Sussex“-Note gegebene Zusage, den U-Bootkrieg nur als Kreuzerrieg zu führen, zurückzuziehen und

diese Zurückziehung moralisch vor der Welt zu rechtfertigen.

Reichmann-Hollweg: Wir hatten in der „Sussex“-Note versprochen, den U-Bootkrieg nur nach der Preisordnung zu führen, aber ausdrücklich betont, daß wir frei wären, wenn unsere Erwartungen nicht erfüllt würden, nämlich, daß Amerika England zur Londoner Deklaration zurückzuziehen würde. Dies mußte durch irgendein Ereignis festgestellt werden, und ein solches Ereignis war eine energische Ablehnung der Entente auf ein Friedensangebot von uns oder von Wilson.

Abg. Dr. Cohn: Wo sollte die Ablehnung des Friedensappells dazu benutzt werden, die Anwendung eines Kriegsmittels zu ändern oder zu erweitern?

Reichmann-Hollweg: Das ist ein Trugschluß. Wie hatten und freie Hand gelassen. Es konnten auch andere Ereignisse eintreten, aber ein Ereignis war auch die Ablehnung eines Friedensangebotes.

Abg. Dr. Singheimer: Wilson hatte durch Oberst House ausdrücklich den Wunsch ausgesprochen, es möchte bei uns möglichst wenig vom Frieden gesprochen werden. Könnte da unser Friedensangebot bei Wilson nicht das Gefühl der Bräutlichkeit hervorgerufen?

Reichmann-Hollweg: Das ist möglich. Aber trotzdem hat Wilson seine Friedensaktion so ausgeführt, wie er es im November geplant hatte.

Prof. Dietrich Schäfer: Graf Bernstorff hat erklärt, die Schwärzung der Stellung Wilsons durch unser Friedensangebot hätte darin bestanden, daß unsere Angebot bei den Feinden den Eindruck der Schwäche hervorzurufen mußte.

Die Dampfmaschine.

Prof. Bonn: Bei der ganzen Sache sollte natürlich etwas herankommen. Dadurch, daß durch das Vorworgehen des deutschen Angebotes Wilson in den Verdacht geriet, ein Agent Deutschlands zu sein, ist es möglich geworden, daß die Dampfmaschine in ganz anderer Weise wieder in Bewegung gesetzt werden konnte, als es sonst hätte geschehen können. Deshalb ist die Bitte Wilsons hier nicht entschuldigend.

Reichmann-Hollweg: Das ist in mancher Beziehung richtig. Ich glaube aber, daß die größere Einseitigkeit der Vereinigten Staaten zur Entente in allen Ländern der Entente so bekannt war, daß der Vorwurf der Deutschfeindschaft gegen Wilson nicht allzu ernst zu nehmen war.

Prof. Dietrich Schäfer: Wäre es nicht richtiger gewesen, die amerikanische Aktion erst einmal auslaufen zu lassen und dann mit dem deutschen Vorstoß zu kommen?

Reichmann-Hollweg: Ich habe wiederholt behauptet, welche Gründe für unser Friedensangebot sprachen. Wir wußten nicht, ob und wann Wilson kommen würde. Dieses Wann aber war unvorhersagbar. Ein brauchbarer Friedensakt kann nur gemacht werden zur Zeit eines militärischen Höhepunktes; darüber müssen wir entscheiden. Wir konnten nicht darauf rechnen, daß Wilson gerade diesen Zeitpunkt benutzen würde. Wir hatten Anfang Dezember Czernawoda und Bukarest genommen. Oberst House hatte ja gesagt, daß er unser Friedensangebot für ein Zeichen der Schwäche gehalten hat. Wenn Amerika glaubte, wir wären in dem Moment so schwach, so hätte Präsident Wilson auch seinerseits den Appell nicht in diesem Moment ergehen lassen, denn er mußte gewärtig sein, daß die Entente auf einen Friedensappell nicht eingehen würde, wenn sie uns in einer schlechten militärischen Lage glaubte. Ich habe mit voller Absicht den Grafen Bernstorff gebeten, die Aktion in Amerika weiter zu betreiben, weil ich nicht wußte, wann Wilson herankommen würde. Jetzt nachträglich sich zurechtlegen, was besser gewesen wäre, ist unfruchtbar.

Prof. Bonn: Eine militärisch günstige Lage ist doch nicht eine Frage von drei bis vier Tagen. Gewiß war Wilson ein Haudegen. Dann hätte man bei ihm doch aber anfragen können, wann er herauszukommen gedente, und ihm mitteilen können, daß wir ihm sonst zuvorkommen würden.

Reichmann-Hollweg: Ich habe alle Möglichkeiten gegeneinander abgemessen. Eine solche Mitteilung an Wilson aber hätte ich politisch nicht für klug gehalten.

Abg. Dr. Cohn: Sie sagen, daß die Form unseres Angebotes ein Kompromiß war. Worüber bestanden gegensätzliche Auffassungen?

Reichmann-Hollweg: Hierbei hat sich General Ludendorff in seinem Buche ausgesprochen. Er legte Wert darauf, daß unsere ausschließlich militärische Lage in dem Angebot zum Ausdruck gebracht wurde. Das ist wohl in etwas zu starker Weise geschehen.

Vors. Warmuth: Was haben Gurs Erzählung getan, um die deutsche Öffentlichkeit über die Absichten der Reichspolitik aufzuklären?

Reichmann-Hollweg: In diesem Buch habe ich meine Neben im Reichstag gehalten. Ich habe natürlich gehofft, daß die Presse einstimmen würde. Aber es ist ja bekannt, daß schon damals ein großer Teil der Presse nicht geneigt war, meine Gedanken weiterzugeben.

Abg. Warmuth: Unter dem 5. Februar 1916 haben sich Gurs Erzählung beim General von Falkenhahn darüber beschwert, daß die Sentur gegen die Presse nicht vorgehe, insbesondere nicht gegen die „Deutsche Tageszeitung“, die „Kreuzzeitung“ und die „Königliche Volkszeitung“, welche die Absichten der Reichsleitung, zu einem Ausbruch mit Amerika zu kommen, durchkreuzten. General von Falkenhahn hat darauf geantwortet, daß er nicht finden könne, daß die Haltung dieser Zeitungen irgendwie schädlich wäre, und daß er es nicht für richtig halte, etwaig eine bestimmte Maßnahme zu unterbinden. Daran geht doch hervor, daß ein harter Gegensatz zwischen Gurs Erzählung und der Obersten Heeresleitung hinsichtlich der Zensur bestand.

Reichmann-Hollweg: Ich habe heute früh über die Kapitulation für den U-Bootkrieg mich ausführlich ausgesprochen, ich bin gegen diese Kapitulation wiederholt mit allen mir zugänglichen Mitteln vorgegangen, sowohl in Telegrammen wie in mündlichen Unterredungen mit dem Hauptquartier. Ich habe auch die Gründe ausgeführt, aus welchen die Kapitulation doch immer wieder aufgeweckt ist. Die Kritik des deutschen Volkes war der ethischen Überzeugung, daß der unbeschränkte U-Bootkrieg das einzige Mittel sei, uns zu retten. Eine solche Überzeugung legt sich auch durch Fernmaßnahmen nicht zutun, diese könnten nur die schädlichen Wirkungen herbeiführen.

Abg. Professor Schilling: Wenn in allen Völkern die Kriegsstimmung gleich gefährlich war, hätte man sie dann nicht durch eine Plattform, die allen Völkern gemeinsam wäre, überwinden können, vielleicht im Sinne der Völkerbundsidee?

Reichmann-Hollweg: Ich habe durch Maßnahmen der Zensur alle Schriften unterdrückt, die sich mit dieser Idee — auch rein wissenschaftlich — in Deutschland beschäftigten. Ich Ihnen bekannt, daß den Trägern dieser Idee durch Abschaltung von Schulbuch und Versammlungsverbote verboten war, sich auch nur theoretisch da über zu äußern und daß diese Zensurverbote auch fortbauerten, nachdem der Reichstag die Friedensresolution angenommen hatte? Hat Gurs Erzählung Versuche gemacht, gegen diese Maßnahmen der Zensur einzuschreiten?

Reichmann-Hollweg: Es ist mir nicht klar, wie diese Frage mit dem Thema in Verbindung steht.

Vors. Warmuth: Vielleicht meint Professor Schilling, daß die Friedensstimmung dadurch im Lande eine Förderung bekommen hätte und daß Ihre Friedensaktion dadurch wesentlich unterstützt worden wäre?

Reichmann-Hollweg: Ueber Details, wie sie Prof. Schilling gestreift hat, kann ich heute im einzelnen nichts sagen. Ich glaube auch nicht, daß ich aus den Akten Wesentliches feststellen kann. Prof. Cohnbe ist ja wohl drangefahren worden, er hat an mich geschrieben, und ich glaube, er ist auch von mir und von Staatssekretär Zimmermann empfangen worden. Die Verfolgungen waren nicht in meinem Sinne.

Abg. Gutheim: Hatte die politische Leitung überhaupt keine Möglichkeit, der Zensur direkte Anordnungen zu geben, war sie immer genötigt, sich zunächst an die Oberste Heeresleitung zu wenden?

Reichmann-Hollweg: Auch diese Frage kann ich heute unter Neugeneß nicht beantworten. Bei all den großen Sorgen des Weltkrieges habe ich solche Dinge nicht selbst beachtet können.

Abg. Dr. Singheimer: Waren Presse und Reichstag darüber informiert, daß Sie die Friedensaktion Wilsons förderten? Was haben Sie getan, um Reichstag und Presse in Parallele zu bringen zu dem, was Sie beabsichtigten?

Reichmann-Hollweg: Diese Frage zwar sehr prägnant ausgesprochen, ist doch eine allgemeine politische, die nur durch allgemeine Ausführungen beantwortet werden kann. Wir haben zu Anfang des Krieges mit einer starken Minderheit der Parteien und der öffentlichen Meinung zu rechnen gehabt. Ich habe wiederholt in vertraulichen Besprechungen mit Reichsangehörigen auf die Gefahr der Propagierung dieser Minderheit hingewiesen und auch Anweisung gegeben, auf die Presse in dieser Beziehung beruhigend zu wirken.

Abg. Dr. Singheimer: Es ist sicher, daß Sie damals pessimistisch, sorgenvoll über den Ausgang des Krieges gedacht haben. Als General Ludendorff den U-Bootkrieg als einzige Rettung, den Krieg zu gewinnen, bezeichnete, hätten Sie da nicht die Öffentlichkeit durch rücksichtslose Aufklärung für Ihre Politik gewinnen können?

Reichmann-Hollweg (mit Nachdruck): Pessimist bin ich nicht gewesen, das will ich ausdrücklich feststellen, um nicht durch die Feststellung des Herrn Berichterstatters hinsichtlich meiner Auffassung einer falschen Beurteilung zu verfallen.

Ich habe vom ersten Tage an die Lage ernst, sehr, sehr ernst aufgefaßt.

Ernst und Pessimismus sind aber zwei ganz verschiedene Dinge. Man kommt wieder der Frage, warum ich das Volk über den Ernst der Lage nicht voll aufgeklärt hätte. Ja, ist es denn unbekannt, daß ich von den Parteien, von der öffentlichen Meinung gerade um deswillen die schärfste Opposition zu erdulden gehabt habe? Diejenigen Herren des Reichstags, mit denen ich vertraulich über die Sache gesprochen habe, werden sich entsinnen, daß ich ihnen nie ein rosiges Bild vorgeführt habe, niemals. Der verstorbenen Abgeordnete Wassermann hat sich einmal darüber beklagt, wenn er persönlich beim Reichskanzler gewesen sei, dann konnte er immer so ernst heraus. Hätte ich im Reichstag bei Pessimismus vertrieben, dann wären wir sofort zusammengebrochen. Da müßte ich den Mut aufrecht erhalten, das war meine Pflicht gegenüber dem Volk, gegenüber der Armee. Ich bitte, meine Neben darüber nachzulesen, obwohl ich selbstbewußt und zuversichtlich Worte gesprochen habe, goldene Worte habe ich niemals vor dem deutschen Volke ausgesprochen.

Abg. Dr. Cohn: Die Pressezensuren wurden zunächst vom Major Deutscher, vom Grafen Generalstab, später durch einen anderen Offizier geleitet. Herr Deutscher wurde in das unwürdige Amt als Chef der Pressezensur oder der politischen Abteilung berufen. Wenn nun die Differenzen zwischen politischer und militärischer Heeresleitung bestanden, wie ist es dann gekommen, daß ein Mann, der selbstverständlich von seinem militärischen Standpunkt ausgehend die Dinge betrachten, in die zivile Heeresleitung berufen werden konnte? Wurde doch dadurch der Einfluß der militärischen Stellen auf das auswärtige Amt und die Öffentlichkeit nur noch vergrößert?

Reichmann-Hollweg: Der Einfluß des Militärs ist durch die Berufung Deutschers nicht vergrößert worden. Ich habe mich der Berufung Deutschers, den ich als geeigneten Beamten erkannte, auf Vorstoß des auswärtigen Amtes einverstanden erklärt. Ueber meine Gründe hierzu glaube ich bei dieser Zeugenaussage mich nicht äußern zu müssen.

Reichsminister Dr. Daulb: War die Oberste Heeresleitung darüber informiert, daß von der politischen Leitung Wilson zu einer Friedensaktion angeregt war? Das spielte im Herbst des Jahres.

In gleicher Zeit wurde von der Obersten Heeresleitung und ihrem Vorkommande diese Anreizsache und die Wilsonsche von Tag zu Tag ins Volk hineingekriegt. Ist von der politischen Leitung etwas geschehen, um die Oberste Heeresleitung darauf aufmerksam zu machen, daß damit diese politische Aktion, die Wilson zu einer Friedensaktion bewegen sollte, durchkreuzt und ernsthaft bedroht werde? Ist die Oberste Heeresleitung nicht veranlaßt worden, durch ihre Pressmaschine darauf hinzuwirken, daß diese Durchkreuzung der geplanten Aktion aufhöre und die richtige Ein-

